

**UNTERBEZIRK
BREMEN-STADT**

SPD

Jahresbericht 2016/2017

SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahresbericht 2016/2017
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt

Impressum:

SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt

Vorsitzende: Uta Kummer (V. i. S. d. P.)

Obernstr. 39-43, 28195 Bremen
Telefon: 0421/35 0 18 11; Fax: 0421/35 0 18 37
E-Mail: ub-bremen-stadt@spd.de
www.spd-bremen-stadt.de

Februar 2018

© SPD Unterbezirk Bremen-Stadt

Inhalt

Gedenken	Seite 6
Mitglieder in den Gremien des Unterbezirks	Seite 8
Mitglieder in den Gremien der Landesorganisation	Seite 9
Rechenschaftsbericht des Vorstandes	
Politischer Bericht	Seiten 10 – 12
Organisatorischer Bericht	Seiten 12 – 14
Fazit und Ausblick	Seiten 14 – 15
Bericht des Wahlkampfbeauftragten	Seiten 16 – 17
Terminbericht	Seiten 18 – 21
Kassenbericht	Seiten 22 – 23
Rechenschaftsbericht 2016	Seiten 24 – 26
Rechenschaftsbericht 2017	Seiten 28 – 30
Mitgliederentwicklung 2016/2017	Seite 32
Einzelberichte	
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)	Seiten 34 – 35
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	Seite 35
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	Seite 35 – 36
AG 60 plus	Seiten 36 – 38
Arbeitskreis Christinnen und Christen	Seite 38 – 39
Arbeitskreis Netzpolitik/Digitale Gesellschaft	Seite 39
Arbeitskreis soziale Stadtentwicklung	Seiten 49 – 41
Beschlussverfolgung	
Beschlussbericht	Seiten 42 – 52

Gedenken

Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt hat in den Jahren 2016/2017 viele Mitglieder durch den Tod verloren.

Aus der großen Zahl der verstorbenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seien hier stellvertretend genannt:

Dieter Adam

Wolfgang Apel

Oswald Brinkmann

Detlef Dahlke

Claus Grobecker

Christel Engelbart

Brigitte Hahn-Walczak

Hans Koschnik

Birgit Lemme

Hans-Peter Mester

Karl-Heinz Niestädt

Inci Powering

Marion Ruhle

Hans-Georg Schlodtmann

Heiko Wenke

Gudrun Winkelmann

Wir sind ihnen und allen verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihre treue Unterstützung bei der Verwirklichung unserer politischen Ziele zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Mitglieder in den Gremien des Unterbezirks (aktuell)

Unterbezirksvorstand

Vorsitzende:	Uta Kummer
Stellvertreter:	Falk Wagner
Kassiererin:	Kadriye Pile
Schriftführer:	Stefan Marcus
Beisitzerinnen/ Beisitzer:	Ruken Aytas Sören Böhrnsen Catharina Hanke Ali-Aygün Kilincsoy Larissa Krümpfer Angelika Wiebke Schenk Reinhold Wetjen
Revision:	Ingo Funk Manfred Oppermann Sabine Wohlers

Schiedskommission

Vorsitzender:	Hans Alexy
Stellvertreterin/ Stellvertreter:	Horst Isola Anneke Schmitt-Wenkenbach
Beisitzerinnen/ Beisitzer:	Mario Domann-Käse Andreas Mackeben Susanne Martens Sanem Güngör (ab November 2016)

Mitglieder des Unterbezirks Bremen-Stadt in den Gremien der Landesorganisation (aktuell)

Landesvorstand

Landesvorsitzende: Sascha Karolin Aulepp

Stellvertretende Vorsitzende: Sarah Ryglewski

Schriftführer: Karl Bronke

Beisitzerinnen/Beisitzer:
Meike Baasen
Arno Gottschalk
Wolfgang Grotheer
Rainer Hamann
Petra Krümpfer
Elena Reichwald
Anja Schiemann

Revision:
Birgit Busch
Jürgen Maly

Schiedskommission

Vorsitzender: Thomas von der Vring

Beisitzerin/Beisitzer:
Hans-Christoph Hoppensack
Karin Kauertz

Rechenschaftsbericht des Vorstandes

Politischer Bericht

Nach seiner Neuwahl in fast komplett neuer Zusammensetzung hat der UB-Vorstand seine Arbeit im Frühjahr 2016 sofort mit viel Elan aufgenommen. Geprägt von der Zuwanderung von Flüchtlingen im Jahr 2015 und dem damit einhergehenden Wachstum der Stadt beschlossen wir, unsere politischen Aktivitäten unter diesen Schwerpunkt zu stellen. Wieder stand und steht der soziale Zusammenhalt der Stadtgesellschaft im Mittelpunkt unserer Politik, diesmal mit der zusätzlichen Aufgabe der Integration von Zugewanderten. Wir entwickelten eine Kampagne unter dem Label „Bremen wächst.zusammen.“, in deren Rahmen wir in den folgenden 2 Jahren diverse Veranstaltungen und Aktivitäten durchführten. Diese Kampagne reichten wir unter Federführung von Larissa Krümpfer zum Innovationspreis des Parteivorstandes ein, der sie dann mit einer finanziellen Zuwendung würdigte. Darauf waren und sind wir immer noch sehr stolz. Wir gründeten außerdem zur Unterstützung der Vorstandsarbeit in diesem Themenfeld einen Arbeitskreis Soziale Stadtentwicklung mit Reinhold Wetjen als Sprecher. Der Arbeitskreis hat in der Folge zahlreiche Aktivitäten des Vorstandes und einzelner Gliederungen vorbereitet und begleitet (zur Arbeit des AK siehe separater Bericht).

Ein besonderer Schwerpunkt bildete im ersten Quartal der Vorstandsarbeit das Thema KiTa und Bildung. Zum Stand der KiTa-Ausbauplanung haben wir uns Ende Mai 2016 anlässlich der fehlenden Kindergarten- und Krippenplätze, auch was die nachholende Entwicklung in den benachteiligten Stadtteilen angeht, öffentlich geäußert. Dies wurde später auch Gegenstand eines Vorstands- und Parteitagsbeschlusses A8/2016 „KiTa-Ausbau in einer wachsenden Stadt“. (zu den einzelnen Anträgen siehe Beschlussbericht). Gleichzeitig fand unsere erste Dialogveranstaltung im Rahmen unserer Kampagne zum Thema Bildung an der Gesamtschule West in Walle statt.

Die Dialogreihe setzen wir im Herbst 2016 mit einer Veranstaltung zur Arbeitsmarktpolitik fort. Das Thema Arbeit und Ausbildung bildete gleichzeitig den politischen Schwerpunkt unserer Vorstandsarbeit in der zweiten Jahreshälfte 2016. Auf dem Arbeitsparteitag im November 2016 berieten und beschlossen wir die Anträge A9/2016 „Begrüßungsgeld auch für Auszubildende“ und A12/2016 „Teilhabe durch Arbeit – Bremen braucht den sozialen Arbeitsmarkt“. Der Beschluss zum sozialen Arbeitsmarkt wurde auf dem nachfolgenden Landesparteitag beschlossen und ging später ein in die Beratungen zum Regierungsprogramm zur Bundestagswahl.

Die zweiten Jahreshälfte 2016 stand also bereits unter dem Vorzeichen der Bundestagswahl 2017, nicht nur inhaltlich sondern auch personell. In beiden Wahlkreisen stellten sich jeweils 2 Kandidat/innen für die Direktkandidaturen der Bundestagswahl den Delegierten zur Wahl: Im stadtbremischen Wahlkreis 54 die aktuelle Amtsinhaberin Sarah Ryglewski und der wissenschaftspolitische Sprecher der Bürgerschaftsfraktion Arno Gottschalk sowie im den Stadtbremer Westen, Bremen-Nord und Bremerhaven umfassenden Wahlkreis 55 nach Rückzug von Uwe Beckmeyer der Bremen-Norder Ortsamtsleiter Florian Boehlke und der hafenpolitische Sprecher der Bürgerschaftsfraktion und Gewerkschafter Uwe Schmidt. In mehreren Veranstaltungen der Unterbezirke stellten sich die Kandidat/innen den Genoss/innen vor. Am Ende konnten sich in einem fairen Wettstreit Sarah Ryglewski und Uwe Schmidt durchsetzen.

Insgesamt war das Jahr 2016 für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kein einfaches Jahr: in Großbritannien hat die Mehrheit der Bevölkerung beschlossen, aus der EU auszutreten. In den USA hat fast die Hälfte der Wähler/innen für einen Präsidenten gestimmt, der mit Unwahrheiten, Demagogie und Hetze gegen Andersdenkende einen am Ende leider erfolgreichen Wahlkampf

geführt hat. Schreckliche Kriegsbilder aus vielen Teilen der Welt und Terroranschläge machen die Welt unsicher. Umso wichtiger bleibt und wird sozialdemokratische Politik.

Nicht unerwähnt in unserem politischen Bericht soll eine gute Nachricht für das Land Bremen bleiben: Die positive Einigung im Länderfinanzausgleich unter der erfolgreichen Verhandlungsführung von Bürgermeister Carsten Sieling. Dies bedeutet für Bremen ab 2020 ein jährliches Plus von 487 Mio Euro und eröffnet uns damit die Aussicht auf mehr finanzielle und damit auch politische Handlungsmöglichkeiten, gerade auch zur Stärkung von Zusammenhalt und Integration.

Bundestagswahl 2017 - Vorbereitung

Das Jahr 2017 war, wie zu erwarten, geprägt von der Bundestagswahl im September 2017. Das erste Halbjahr diente vor allem der finanziellen und organisatorischen Vorbereitung des Wahlkampfes. Dies bindet viel ehrenamtliche Kapazität, insbesondere unserer Kassiererin Kadriye Pile, aber auch der beiden Wahlkampfleitungen Reinhold Wetjen für den WK 54 und Jürgen Pohlmann für den WK 55. Besonders in diesem Wahlkampf war das zu spüren, da die Hauptlast der Arbeit diesmal bundesweit auf den Wahlkreisen, also mehr den Unterbezirken und Kreisverbänden als der Landesorganisation, lag. Die Durchführung im Wahlkreis 54 erfolgte dabei federführend durch den UB Bremen-Stadt, die im Wahlkreis 55 durch den UB Bremerhaven, mit Beteiligung der anderen beiden Unterbezirke. Als zusätzliche Aufgabe hatten wir von der Landesorganisation die Straßenplakatierung und die Führung des Wahlkampfkalenders übernommen, was uns insgesamt an den Rand unserer ehren- und hauptamtlichen Kapazitäten gebracht hat. Siehe dazu auch die Ausführungen zum Personal im organisatorischen Bericht. Zum Wahlkampf selbst verweise ich auf Bericht und Auswertung von Vorstand und Wahlkampfleitungen.

Politischer Bericht in Bremen, Teil 2

Trotzdem haben wir neben der organisatorischen Vorbereitung der Wahl inhaltliche Themen setzen können. Wir haben innerhalb unserer Kampagne „Bremen wächst. zusammen.“ im März 2017 eine erfolgreiche Veranstaltung zur Salafismusprävention durchgeführt und dies mit einem Parteitagebeschluss A10/2017 „Salafismus strukturell bekämpfen: Präventionsarbeit in Bremen stärken“ unterstrichen. Zu Beginn der Sommerferien 2017 haben wir im Rahmen der Kampagne auch einmal über den Tellerrand geschaut und uns mit unserem Europaparlamentarier Joachim Schuster über das Zusammenwachsen in Europa ausgetauscht.

Im Mai 2017 haben wir auf einem Unterbezirksparteitag uns mit Beschlüssen zur Bildungspolitik A3/2017 „Bildungsverstärkungsbudget schon in 2017 für das neue Kindergarten- bzw. Schuljahr beginnen“ und A4/2017 „Investitionen in die Bildungsinfrastruktur – jetzt Weichen für die Mammutaufgabe stellen“ in die Bremer Politik in die folgenden Haushaltsberatungen 2018/19 eingemischt. Wir halten die Themen Kinder und Bildung für eine der Schwerpunktthemen Bremer Politik, auch in Hinblick auf den Bürgerschaftswahlkampf 2019. Gleichzeitig haben wir uns inhaltlich (und nicht nur organisatorisch) auf die anstehende Bundestagswahl vorbereitet. Wir haben mit dem außenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion Niels Annen über Außenpolitik diskutiert und dies in einem Änderungsantrag zum Regierungsprogramm des Vorstandes zur Flüchtlingspolitik untermauert. Der Parteitag fordert außerdem als Ergänzungsantrag zum Entwurf des Regierungsprogramms zur Bekämpfung der Kinderarmut A1/2017 „Kinderarmut wirksam reduzieren – Kindergrundversicherung in das Regierungsprogramm 2017-21 aufnehmen“.

Bundestagswahl 2017 - Wahlkampf

Das zweite Halbjahr 2017 war natürlich geprägt von der Bundestagswahl, dem Wahlkampf vorher und den Auswirkungen danach. Im Wahlkampf haben sich viele Genoss/innen bei vielfältigen Aktionen engagiert. Euch allen sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt. Wir haben gemeinsam hunderte von Plakaten geklebt, waren an zahlreichen Türen unterwegs, haben zusammen das Fernsehduell geschaut, haben an vielen Infoständen aber auch im Netz den Wähler/innen Rede und Antwort gestanden und waren mit unseren beiden Kandidat/innen auf Wahlkampftour. Am Ende ist das Ergebnis bekannt: Die SPD hat in der Bundestagswahl mit bundesweit 20,5 % eine bittere Niederlage erlitten. Glücklicherweise konnten Sarah Ryglewski und Uwe Schmidt im Land Bremen beide Wahlkreise ebenso gewinnen wie die SPD in Bremen als einziger Landesverband mit 26,8 % bei den Zweitstimmen. Diese Gewinne können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch in Bremen eher verloren als gewonnen haben: ein Warnschuss für die Bremer Bürgerschaftswahl und Europawahl 2019. Zwar ist der besondere Einbruch in Bremen in anderen Hochburgen ähnlich. Dennoch muss es uns Anlass zu Selbstkritik sein und zur Frage, ob wir auch in Bremen immer klar mit sozialdemokratischem Profil erkennbar sind. Der Vorstand hat im Oktober 2017 die Wahl gemeinsam mit den Ortsvereins- und AG-Vorsitzenden die Wahlergebnisse und unseren Wahlkampf ausgewertet. Die Ergebnisse der Auswertung sind weiter hinten im Bericht noch einmal separat aufgeführt.

Politischer Bericht Bremen, Teil 3

Nach der Bundestagswahl haben wir unsere öffentliche Dialogreihe „Bremen wächst. zusammen.“ mit einer Veranstaltung zur Wohnungspolitik fortgeführt. Im November 2017 wieder einen sehr spannenden und erfolgreichen Arbeitsparteitag durchgeführt. Wir haben noch einmal über die Chancen und Risiken einer wachsenden Stadt diskutiert und in Arbeitsgruppen über Ausbildungs- und Wohnungspolitik, aber auch die Auswertung der Bundestagswahl fortgeführt. Auf dem anschließenden Beschlussparteitag haben wir einen Beschluss zur Ausbildungspolitik A25/2017 „Wir machen Politik für Azubis – und für alle, die es werden wollen: AzuBi-Wohnheim für Bremen, Neustart für eine Ausbildungsgarantie erarbeiten“ beraten.

Die Folgen der Bundestagswahl werden uns auch in den nächsten Wochen und Monaten des beginnenden Jahres 2018 weiter begleiten: Nach dem Scheitern der Jamaika-Koalition wird die SPD in Sondierungs-Gespräche mit der CDU/CSU eintreten, über den Eintritt in Koalitionsverhandlungen wird ein Bundesparteitag beschließen. Der Landesvorstand aber auch der UB-Parteitag mit dem Antrag des OV Walle A18/2017 „Alternative sein, nicht kleiner Koalitionspartner: eine gerechte Gesellschaft nur mit der SPD“ im November 2017 haben dafür inhaltliche Schwerpunkte gelegt.

Organisatorischer Bericht

Nach den organisatorischen Schwerpunkten (Parteireform des PV, Überarbeitung der Satzung des UB, Parteistruktureform der LO) der letzten Wahlperioden haben wir in uns den letzten beiden Jahren in der Struktur konsolidieren können.

Zur Mitgliederzahl entwickelt sich in 2017 erstmalig seit 2013 wieder positiv. Mit Martin Schulz als neuem Vorsitzenden haben wir viele neue Mitglieder begrüßen können, so dass wir in Bremen-Stadt wieder fast 3.000 Mitglieder haben. Ob es im Unterbezirk und in den Gliederungen vor Ort gelingen wird, diese neuen Genoss/innen in das Parteileben zu integrieren, wird die nächste Zukunft zeigen. Die jährlichen Neumitgliedstreffen machen jedenfalls immer wieder Mut. Aber auch für unsere „Alt“-mitglieder haben wir uns unter Federführung unseres Mitgliedsbeauftragten Aygün Kilincsoy gekümmert, auf dessen separaten Bericht ich hiermit verweise. Ebenso wie in der Bevölkerung insgesamt ist eine Ausdifferenzierung der Mitgliedschaft festzustellen, die jeweils unterschiedliche Formen der Ansprache, Beteiligung und Kommunikation erfordern, von whats-app-Gruppen bis Brief-

kampagnen. Im hauptamtlichen Bereich versuchen wir darauf durch eine entsprechende Personalverstärkung zu reagieren.

Der Unterbezirksvorstand hat in dieser Wahlperiode eine größere Ortsvereinsneuabgrenzung vorgenommen: Das bisher dem OV Horn-Lehesterdeich zugeordnete Gebiet des Beiratsgebietes Blockland wurde aufgrund der Abgrenzungen der Wahlkreise 54 und 55 nunmehr dem OV Findorff im WK 55 zugeordnet. Zusätzlich hat er in Einvernehmen mit den betroffenen Gliederungen eine Reihe kleinerer Arrondierungen vorgenommen, um die Ortsvereins- den Beiratsgrenzen anzugleichen. Zusammenlegungen von Ortsvereinen konnten wir nicht vornehmen. Zwar ist das bei einigen kleinen Gliederungen innerhalb von Beiratsgebieten aus Sicht des Vorstandes wünschenswert, jedoch hat dabei die Freiwilligkeit der Zusammenarbeit Vorrang. Dies haben wir durch finanzielle Unterstützungen getan. Insofern wären hier die gemeinsamen Aktivitäten besonders der OV's im Nordosten, aber auch zwischen den OV's Gröpelingen und Oslebshausen zu nennen.

Mit dem benachbarten Unterbezirk Bremen-Nord arbeiten wir gut zusammen. Die kommunalen Themen wie Bildungs- oder Integrationspolitik machen vor den Unterbezirksgrenzen nicht halt. Die Zusammenarbeit hat schon im Bundestagswahlkampf innerhalb des Wahlkreises 55 gut geklappt. Das wird sich ab 2018 verstärken, da wir eine gemeinsame Campaignerin haben, die im Bürgerschafts- und Beirätewahlkampf und deren Vorbereitung für beide Unterbezirke arbeiten wird.

Mit den Arbeitsgemeinschaften der Jusos, AG 60 plus, AfA und ASF haben wir u. a. durch Teilnahme ihrer jeweiligen Vorsitzenden an unseren Vorstandssitzungen Kontakt gehalten. Leider hat das regelmäßig nur bei den Jusos, ansatzweise noch bei der AG60+ funktioniert. Auch bei den Arbeitsgemeinschaften macht sich die zunehmende Knappheit ehrenamtlicher Kapazitäten bemerkbar. In der Arbeitnehmerschaft / Betriebsgruppen sind wir leider gar nicht mehr präsent. Zusätzlich zu den Arbeitsgemeinschaften hat der UBV einen neuen Arbeitskreis Soziale Stadtentwicklung gegründet und die bestehenden Arbeitskreise Christ/innen und Digitale Gesellschaft (ehem. Netzpolitik) bestätigt. Zur Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und der verschiedenen Arbeitskreise siehe deren separate Berichte. Die im Februar 2017 beantragte Gründung eines weiteren Arbeitskreises Säkulare hat der UB-Vorstand abgelehnt, da dies nach ausführlichen Diskussionen der in Rede stehenden Themen auf Landesparteitagen kein neuer politischer Schwerpunkt auf UB-Ebene darstellt.

In dieser Wahlperiode haben wir pünktlich zur heißen Wahlkampfphase im Juli 2017 unter Federführung unserer Internetbeauftragten Angelika Schenk unsere Internetseite auf völlig neue Füße gestellt. Die Seite ist nun moderne, übersichtlicher und einfacher zu bedienen. Gleichzeitig haben Angelika und Falk Wagner unsere Facebook-Seite mit neuem Leben gefüllt. Insgesamt mussten wir jedoch gerade im Wahlkampf feststellen, dass die rein ehrenamtliche Pflege der diversen sozialen Medien zusätzlich zu den althergebrachten Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit, trotz positiver Berichterstattung über unsere Parteitage und Dialogveranstaltungen nicht zufriedenstellend zu leisten ist. Wir haben dem mit zusätzlichen hauptamtlichen Kapazitäten ab 2018 Rechnung getragen.

Nicht zufriedenstellen kann unsere Zusammenarbeit mit den Beiratsfraktionen. Hier haben wir versucht, die Kommunikation durch regelmäßige Treffen zu stadtweit interessierenden Themen zu fördern, was uns leider nur einmal gelungen ist.

Wir haben sechs Mal zu Funktionärskonferenzen eingeladen, davon 4x mal mit Bürgermeister Carsten Sieling zu wichtigen Fragen der Bremer Politik, aber auch in Hinblick auf die Wahlergebnisse. Die Gesamtmitgliedschaft im Unterbezirk haben wir zwei Mal im Jahr mit einem Rundbrief informiert.

Vorstandssitzungen fanden in der Regel vierzehntägig (außer in den Ferien) statt.

Parteitage fanden insgesamt vier Mal statt. Aus den Gliederungen wurden insgesamt 43 Anträge zur Beschlussfassung gestellt, davon 9 vom Vorstand. Von den Parteitagen wurde jedes Mal in den Bremer Medien z.T. umfassend berichtet.

Die Unterbezirksschiedskommission brauchte glücklicherweise nicht tagen.

Bei aller Arbeit kam auch das kulturelle Miteinander nicht zu kurz: Unser jährliches Sommerfest hat inzwischen schon fast Tradition, ebenso die gemeinsame Kohlfahrt im Winter, bei der uns Susanne Kröhl immer wieder ausgesprochen lecker auf dem Alten Campingplatz am Unisee bekocht.

Im Unterbezirksbüro gab es wieder einige personelle Veränderungen. Nachdem uns in 2016 nach dem beruflich bedingten Weggang von Wolfgang Arnhold zwischenzeitlich Kevin Lenkeit aus Bremerhaven engagiert unterstützt hatte, haben wir seit Jahresbeginn 2017 wieder eine feste halbe Besetzung des UB-Büros mit Sabine Alexandridis. Sabine fungiert inzwischen als Büroleiterin und ist uns mit ihrer langjährigen Erfahrung aus dem Landesbüro, in dem sie weiterhin mit der anderen halben Stelle arbeitet, eine wertvolle Unterstützung. Zusätzlich hat das Landesbüro den Unterbezirken für die Zeit des Wahlkampfes weitere Kapazitäten zur Verfügung gestellt. So hat in diesem Jahr noch Gerald Wagner, der vor Jahren schon einmal für den UB Stadt tätig war, für uns als Campaigner gearbeitet. Ohne Gerald, aber auch ohne weitere Mitarbeit unseres studentischen Praktikanten Constantin Mackel und ohne die vielen (zu vielen) Überstunden aller Mitarbeiter/innen in der heißen Wahlkampfphase, wäre der Wahlkampf in der Weise nicht durchführbar gewesen. Vielen Dank dafür! Den Bitten des UB Vorstandes um weitere personelle Kapazitäten ist die Landesorganisation dankenswerterweise nachgekommen, so dass wir mit Miriam Sulimma die halbe Campaignerstelle von Gerald, der sich in 2018 beruflich umorientiert hat, weiterführen können und zusätzlich eine organisatorische Unterstützung mit Erdem Akkaya, der sich besonders um die sozialen Medien kümmern kann, bekommen. Insgesamt glauben wir, mit insgesamt knapp 1 ½ Stellen und 3 Mitarbeiter/innen den gestiegenen Anforderungen an Parteiarbeit, von Mitgliederbetreuung bis Kampagnenführung gut aufgestellt zu sein.

Zur finanziellen Lage, die insgesamt als gut zu bezeichnen ist, verweise ich auf den Kassenbericht der Kassiererin.

Fazit und Ausblick

„Dabei zogen sich aber inhaltliche Fragen von sozialer Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung und sozialen Zusammenhalt wie der sprichwörtliche rote Faden durch unsere politische Arbeit. ... Verstärkt wird dies aktuell durch die Zuwanderung zahlreicher Flüchtlinge und deren Integration. Die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit wird sich daran messen lassen müssen, wie ihr die Beantwortung dieser Fragen gelingt.“ Das Fazit, dass ich nach der Wahlperiode 14/15 zog, hat sich auch für 16/17 nicht nur verändert, sondern verstärkt. Auch wenn unsere Wahlergebnisse das in Prozenten nicht widerzuspiegeln vermögen: Die Menschen in Bremen, in Deutschland und in der Welt brauchen die Sozialdemokratie. Unsere Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und weltweiter Solidarität stehen aktueller denn je auf der Tagesordnung. Das sollte uns allen Ermutigung und Ansporn sein.

Abschließend möchte ich mich als Vorsitzende noch mit ein paar persönlichen Worten an Euch wenden: Ich werde im März nach 6 Jahren aus beruflichen Gründen nicht wieder zum 4. Mal als UB-Vorsitzende kandidieren. Ich gehe mit einem lachenden Auge, da ich mich auf die eine oder andere Stunde frei verfügbarer Lebenszeit freue, aber auch mit einem weinenden Auge, da mir die vielen Jahre mit Euch und besonders mit den jeweiligen Vorständen immer sehr viel Freude gemacht haben.

Ich habe das Gefühl, mit Euch viel erreicht zu haben, für die Sozialdemokratie insgesamt aber auch für Bremen. Ich werde natürlich weiter dabei sein, aber eben nicht mehr an vorderster Front sondern als ganz normales Mitglied. Darauf freue ich mich.

Ganz zum Schluss möchte ich mich bei allen Vorstandsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit in den letzten beiden Jahren und den Jahren vorher bedanken. Ohne Euch hätte mir das alles, bei aller Anstrengung, Stress und Zeitaufwand, nur halb so viel Spaß gemacht. Meiner Nachfolge im Amt des Vorsitzes wünsche ich alles Gute, viel Erfolg, allzeit ein gutes Händchen bei den politischen Entscheidungen und natürlich auch so viel Spaß und Freude an der Vorstandsarbeit, wie ich sie immer gehabt habe.

Uta Kummer, Vorsitzende

Bericht des Wahlkampfbeauftragten

Auswertung Bundestagswahl und Wahlkampf 2017

Die SPD hat in der Bundestagswahl eine bittere Niederlage erlitten. Zwar konnten wir im Land Bremen auf entsprechend niedrigem Niveau beide Wahlkreise ebenso gewinnen wie (als einziger Landesverband) bei den Zweitstimmen. Diese Gewinne können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in Bremen eher verloren als gewonnen haben. Wir unterscheiden uns negativ vom Bundestrend = ein Warnschuss für die Bremer und Europawahl 2019. Zwar ist der besondere Einbruch in Bremen in anderen Hochburgen ähnlich. Dennoch muss es uns Anlass zu Selbstkritik sein und zur Frage, ob wir auch in Bremen immer klar mit sozialdemokratischem Profil erkennbar sind.

- Wir haben das erste Mal in der Geschichte der Bremer SPD eine wichtige Abstimmung verloren: nämlich an die CDU die Zweitstimmen im Wahlkreis 54 (24,4 % zu 26 %)
- Wir haben mit Hamburg bundesweit (gemeinsam mit anderen Großstädten) die größten Stimmenverluste (-8,8 %)
- Die Stimmenverluste der SPD sind im Bundesvergleich in Bremen erheblich größer als die der CDU (-8,8 % zu -5,2 % / -4,2 % zu -8,6 %)
- Im Gegensatz zu den anderen Parteien verlieren wir nicht nur ab und zu sondern dauerhaft und stetig (Abb. 7 StaLa)
- Die Wahlbeteiligung konnte im Gegensatz zum Bundestrend nur marginal gesteigert werden (4,6 % zu 1,9 %)

Wenn man in die Stadtteile schaut, wird die Dramatik noch deutlicher. Der schon in den letzten Wahlen erkennbare Trend zur Spaltung der Stadt konnte nicht gestoppt werden und ist nunmehr offenkundig. Erschreckend kommt das Erstarken der AfD in unseren traditionellen „Hochburgen“ hinzu. Überall, wo wir, bei geringer Wahlbeteiligung, relativ die höchsten Stimmanteile hatten, erzielte auch die AfD ihre besten Ergebnisse (Gröpelingen, Woltmershausen, Huchting, Obervieland, Hemeelingen, Osterholz, Vahr). In den bürgerlichen Stadtteilen mit hoher Wahlbeteiligung und damit absolut hoher Stimmenzahl, landen wir dagegen mit großem Abstand zur CDU teilweise noch hinter der FDP (Schwachhausen, Oberneuland, Horn, Borgfeld). Zu beachten auch die „Verbürgerlichung“ von Habenhausen. Auffällig ist, dass die Linke mehr „in die Breite“ geht – auch in innenstadtnahen, urbanen Ortsteilen, in denen es deutlich weniger Protestpotential geben sollte (Viertel). Siehe Tabelle in der Anlage.

Wir müssen daraus Schlussfolgerungen ziehen, politische wie organisatorische. Der Parteivorsitzende hat das für den Bund bereits angekündigt. Wir wollen hier der Diskussion nicht vorgreifen, die wir auch in Bremen führen müssen. Nur eins ist angesichts der Ergebnisse in den Stadtteilen wichtig: Wir dürfen unsere traditionellen Hochburgen nicht den Rechten überlassen.

Keine geringe Wahlbeteiligung, keine fehlende Wahlberechtigung, keine Frage nach dem Lohn von Stimmen darf uns davon abhalten.

Wahlkampfauswertung:

Wir müssen eins feststellen: wir haben in der Breite keinen engagierten und kraftvollen Wahlkampf geführt. Die, die Wahlkampf gemacht haben, haben das ohne Frage getan und denen gilt auch zu Recht der Dank der beiden Direktkandidat/innen und der Parteiführung und auch der unsrige. Der Wahlkampf hat aber eines deutlich gemacht: wir sind in der Fläche nicht mehr kampagnenfähig. Waren es in den vergangenen Wahlkämpfen noch einzelne weiße Flecken, sowohl in den Ortsvereinen als auch in den Arbeitsgemeinschaften, die wir mit großem Engagement kompensieren konnten,

war das diesmal nicht mehr der Fall. Das Engagement einzelner konnte die Lücken nicht mehr überdecken, geschweige denn, schließen.

Die Gründe sind vielfältig, von weniger Mitgliedern (trotz Neumitglieder!) über Überalterung bis hin zu stärkere Anforderungen in der Arbeitswelt, soziale Vereinzelung, Diversifizierung von Kommunikationsstrukturen, Angst vor Verantwortung, aber auch die durch das Erstarken der Rechten veränderten Debattenkultur. Nur mit Mühe ist die Organisation zentraler Aktionen gelungen. Unsere zwei „halben“ Mitarbeiter haben gemeinsam mit unserem Praktikanten und den beiden ehrenamtlichen WK-Leitungen an der Grenze der Erschöpfung gearbeitet. Einzelne zentrale Aktionen (maritime Woche) konnten nur mit Hilfe einer einzelnen AG, den Jusos, überhaupt stattfinden. Infostände und TzT-Aktionen mussten häufig mangels Besetzung ausfallen. Die Integration der vielen Neumitglieder ist nicht gelungen, was uns angesichts deren Euphorie bei Eintritt zu denken geben sollte. Es gibt Ortsvereine, die sich auf unsere Anfragen überhaupt nicht gemeldet haben.

Überhaupt hat es in erschreckender Weise an so einfachen Dingen wie Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit gefehlt. Das gilt leider nicht nur für die zentrale Ebene des Unterbezirks sondern, wie viele Vorsitzende und Campaigner/innen sicher bestätigen können, auch für die Arbeit an der Basis in den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften. Erschwerend hat sich auch ausgewirkt, dass es keine zentrale Wahlkampfleitung gab, sondern der Wahlkampf über die beiden Wahlkreise mit darauf verteilten 3 Unterbezirken lief. Die Bundeskampa war dafür kein adäquater Ersatz und auch sonst in bisher nicht bekannter Weise schlecht aufgestellt.

Positiv zu vermerken ist das Engagement der Jusos = das gibt Hoffnung. Aber auch die finanzielle Unterstützung vieler Einzelspender/innen und auch einzelner „wohlhabender“ OV's. Positiv zu vermerken ist auch die Plakataufbereitungsaktion. Hier haben sich viele Genoss/innen engagiert, die sonst eher in der zweiten Reihe auftreten.

Kurz: Wenn wir zur Bürgerschafts-, Beiräte- und Europawahl in 2019 an unsere alten Erfolge anknüpfen wollen, müssen wir unsere Kampagnenstrukturen ändern. Bspw. werden wir nicht mehr überall den gleichen Wahlkampf führen können. Tür zu Tür mag im Stadtteil A vernünftig sein, im Stadtteil B ist er vergebene Kapazität. Auf dem Arbeitsparteitag im November werden wir einen Workshop zum Thema Wahlkampf durchführen, um Eure Kritik, Eure Vorstellungen und Vorschläge mit aufzunehmen und erste Weichen für 2019 zu stellen.

Mit roten und immer noch kämpferischen Grüßen

Uta Kummer
Vorsitzende

Falk Wagner
stellvertretender Vorsitzender

UB Bremen-Stadt Wahlperiode 16/17

-Terminbericht

12.3.16

Jahreshauptversammlung des UB mit Organisationswahlen im Bürgerhaus Vahr und Antragsberatung

26.3.16

Osteraktionen in verschiedenen OVs

10.4.16

Klausur des neuen UBV mit AGs zu Aufgaben-, Arbeits- und Terminplanung
AK-Gründung: Soziale Stadtentwicklung, Christ/innen und Netzpolitik

1.5.16

Infostand des UBV und der AfA anlässlich der Maifeierlichkeiten auf dem Domshof

4.5.16

Beratungen des UBV mit Staatsrat Frank Pietrzok zur KiTa-Ausbauplanung

23.5.16 und 9.6.16

Funktionärskonferenzen mit Bürgermeister Carsten Sieling zur Perspektivdebatte zur Bundestagswahl 2017 und zur aktuellen Bremer Politik

9.6.16

Neuabgrenzung der OV Findorff und Horn-Lehesterdeich: Das Beiratsgebiet Blockland wird wegen der Abgrenzungen der Bundestagswahlkreise dem OV Findorff zugeordnet.

15.6.16

Nachbesetzung eines Deputationsmandates mit Conny Rohbeck-Thöben

16.6.16

Besuch der Ausstellung Bremer Frauen Geschichten im Focke-Museum mit MdB Sarah Ryglewski

August 2016:

Der UBV beteiligt sich mit seiner Kampagne „Bremen wächst.zusammen.“ am Innovationspreis des PV und gewinnt eine finanzielle Zuwendung für diese Kampagne.

15.8.16

Öffentliche Dialogveranstaltung „Bremen wächst.zusammen.“ an der GSW zur Bildungspolitik:
„Raum für Bildung – Kluge Raumkonzepte für gemeinsamen Bildungserfolg“ mit Bildungssenatorin Claudia Bogedan, dem bildungspolitischen Sprecher der Bürgerschaftsfraktion Mustafa Güngör und dem Schulleiter der GSW Matthias Schmuhl

24.8.16

Beratungen des UBV mit Staatsrat Thomas Ehmke zur Polizeireform

26.8.16

Sommerfest des UB im Bürgerhaus Obervieland

19.9.16

Treffen der Mitgliedsbeauftragten des UB Stadt

25.10.16

Öffentliche Dialogveranstaltung „Bremen wächst.zusammen.“ zur Arbeitsmarktpolitik „Teilhabe durch Arbeit – der soziale Arbeitsmarkt für Bremen“ mit Arbeitssenator Martin Günther, Peer Rosenthal von der AN-Kammer Bremen, der DGB-Vorsitzenden Annette Düring, Susanne Ahlers vom jobcenter Bremen, der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion Sybille Bösch und Peter Härtl von VaDiB

Oktober / November 2016:

Veranstaltungen des UB Stadt zur Information über die Kandidaturen in den Wahlkreisen 54 (Arno Gottschalk, Sarah Ryglewski) und 55 (Florian Boehlke, Uwe Schmidt)

27.10. WK 54: Bürgerhaus Hemelingen

31.10. WK 54: Martinsclub Buntentor

31.10. WK 55: Nachbarschaftshaus Helene Kaisen in Gröpelingen

5.11.16

Arbeitsparteitag des UB zur Arbeitsmarktpolitik mit MdB Sarah Ryglewski und weiteren Arbeitsgruppen zur Rente (Karl Bronke vom LaVo) und Europapolitik (MdEP Joachim Schuster) Antragsberatung mit UBV-Anträgen zum KiTa-Ausbau, Begrüßungsgeld für Azubis und zum sozialen Arbeitsmarkt

23.11.16

Vorschlag für die Landesliste zur Bundestagswahl 2017: Sarah Ryglewski als Spitzenkandidatin, Kadriye Pile und David Ittekot auf den Plätzen 5 und 6

1.2.17/

Konstituierende Sitzungen der Wahlkampfleitungen der WK 54 (federführend UB Stadt) und 55 (federführend UB Bremerhaven), Wahlkampfleitung WK 54 Reinhold Wetjen / Wahlkampfleitung 55 Jürgen Pohlmann

Die Wahlkampfleitung des WK 54 tagte insgesamt 7x, die des WK 55 ... x

4.2.17

Neumitgliedstreffen 2016 im Büro der SPD-Bürgerschaftsfraktion

11.2.17

Kohltour des UB zum Alten Campingplatz am Unisee

23.2.17

Beiräte-Konferenz des UB mit Bürgermeister Carsten Sieling

1.3.17

Funktionärskonferenz zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes

13.3.17

Rathausführung für Neumitglieder mit Bürgermeister Carsten Sieling

17.3.17

Öffentliche Dialogveranstaltung „Bremen wächst.zusammen.“ zu „Salafimus? Prävention! Was ist langfristig wirksam gegen den Hass?“ mit Innensenator Ulrich Mäurer, Andre Taubert von der Ausstiegsberatung Legato und Mehlike Eren-Wessel von der Aufsuchenden Jugendarbeit Jamil

15.4.17

Osterkationen in verschiedenen OV's

26.4.17

Beratungen des UBV mit Bildungssenatorin Claudia Bogedan zu Bildungspolitik in Bremen

1.5.17

Infostand des UBV und der AfA anlässlich der Maifeierlichkeiten auf dem Domshof

6.5.17

Netztag des AK Netzpolitik zum online-Wahlkampf

8.5.17

Freiwilligentreffen des WK 54 mit MdB Sarah Ryglewski

22.5.17

Parteitag zur Vorbereitung des Regierungsprogrammes mit MdB Niels Annen, außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion und Antragsberatung mit UBV-Anträgen zum Sozialen Arbeitsmarkt und Kindergrundsicherung (Bund), zur Bildungspolitik und Salafismusprävention (Bremen)
-weiterer Beschluss des UBV zum Regierungsprogramm: Flüchtlingspolitik

24.5.17

Funktionärskonferenz zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes

7.6.17

Diverse kleinere Neuabgrenzungen von Ortsvereinen im UB-Gebiet zur Vereinheitlichung von OV- und Beiratsgrenzen

23.6.17

Öffentliche Dialogveranstaltung „Bremen wächst.zusammen.“ zur Europapolitik „Wächst Europa noch zusammen? Oder droht der Zerfall des Friedensprojektes?“ mit MdEP Joachim Schuster

Juli 17

Die neue Homepage des UB ist online

Juli 17-24.9.17

Bundestagswahlkampf (sh. auch Bericht des Wahlkampfbeauftragten)
Straßenplakatierung, Tür-zu-Tür- und Rosenaktionen, Infostand zum Africa-Cup und maritimer Woche, zentrale Infostände, public viewing, Verteilaktionen, Wahlkampfkalender, Wahltaxi

11.8.17

Sommerfest des UB im Jugendfreizeitheim Findorff

24.9.17

Bundestagswahl

11.10.17

Funktionärskonferenz zur Auswertung der Bundestagswahl

18.10.17

Öffentliche Dialogveranstaltung „Bremen wächst.zusammen.“ zur Wohnungspolitik „Beim Wohnungsbau von Hamburg lernen? Rot-grüne Wohnungspolitik in zwei wachsenden Städten“ mit den Staatsräten Matthias Kock aus Hamburg und Jens Deutschendorf aus Bremen

25.10.17

Öffentliche Veranstaltung des AK Christ/innen zum Reformationstag

18.11.17

Arbeitsparteitag des UB zu wachsender Stadt mit Rene Böhme vom iaw, Arbeitsgruppen zur Auswertung des Bundestagswahlkampfes, Wohnungspolitik (Karl Bronke vom LaVo) und Ausbildungspolitik (dgb-Vorsitzende Annette Düring)
Antragsberatung mit UBV-Antrag zur Ausbildungspolitik

27.1.18

Neumitgliedstreffen 2017

29.1.18

Arbeitnehmerpolitisches Werkstattgespräch zu Ausbildungsfonds mit Experten aus der Bau- und Pflegebranche, DGB und Arbeitnehmerkammer

11.2.18

Kohltour des UB zum Alten Campingplatz am Unisee

26.2.18

Diskussionsveranstaltung zum Koa-Vertrag/Mitgliederbefragung mit Bürgermeister Carsten Sieling

17.3.18

Jahreshauptversammlung des UB im Bürgerzentrum Vahr

Aufgeführt wurden die mindestens parteioffenen Termine des UB und politisch wichtige Vorstandsberatungen. Weitere Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaften und der Arbeitskreise sind den dortigen Berichten zu entnehmen. Der Vorstand hat im Grundsatz 14-tägig (außer in den Ferien) getagt, davon ca. 1x im Monat mit seinen ständigen Gästen aus den Arbeitsgemeinschaften.

Kassenbericht für die Jahre 2016/2017

Zu Beginn des Berichtszeitraums am 01.01.2016 lag das Vermögen des Unterbezirks bei 32.126,31€. Am 31. Dezember 2016 betrug das Vermögen 60.321,43€ und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 weist einen Vermögensstand von 81.561,87€ aus.

Aufgrund einer soliden Haushaltsführung des Unterbezirks, auch im Rahmen des Bundestagswahlkampfes, konnten zunächst notwendige Rücklagen für rückläufige Beitragseinnahmen und damit zur Finanzierung der Wahlkämpfe in den kommenden Jahren gebildet werden. Positiv wirkte sich im Jahr 2017 der Neumitgliederzuwachs aus, der die grundsätzlich durch die demographische Entwicklung herbeigeführten rückläufigen Beitragseinnahmen, deutlich abdämpfen konnte.

In den Berichtsraum 2016/2017 fiel der Bundestagswahlkampf im Jahr 2017, in dem sich unsere beiden Direktkandidaten für den Wahlkreis 54, Sarah Ryglewski und für den Wahlkreis 55; Uwe Schmidt, dessen Wahlkampf überwiegend aus den Mitteln des UB-Bremerhaven, aber auch mit Mitteln vom UB-Bremen-Stadt und UB-Bremen-Nord finanziert wurde, durchsetzen konnten. Die Kosten des Unterbezirks für den Bundestagswahlkampf lagen bei 49.529,-€. Diesen Kosten konnten Einnahmen aus Spenden i.H.v. 10.950,-€ von natürlichen Personen, Spenden i.H.v. 5.000€ einer juristischen Person sowie Zuschüssen anderer Gliederungen i.H.v. 22.900,-€ entgegen gesetzt werden. Hinzu kamen Einnahmen aus bestellten Wahlkampfmaterialien und sonstigen Einnahmen von Gliederungen i.H.v. 5.285,00 € wie z.B. Plakatträgerpflege und Wahltaxi.

Der Unterbezirk finanzierte insbesondere folgende Maßnahmen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes:

- Plakatierung inkl. Transport nach Bremen und Aufbereitung der Plakate, Kandidatenplakate, Roll in und Roll out der Plakate: 28.340,97,-€
- Rosen für die Verteilung bei Hausbesuchen und den zentralen Infostand: 5.765,-€, Gebühren für Infostände der Ortsvereine und des Unterbezirks: 2.063,31,-€, Innenstadtpflege/zentraler Infostand: 3.562,09€, Wahltaxi (Anzeige und Versicherung): 662,47,-€, Jungwählerinnenbrief (Melderegister, Druck und Porto): 5.253,09€, Material/Werbemittel: 2.275,79€

Insgesamt betrugen die Kosten des Bundestagswahlkampfes für den Unterbezirk 49.529,79 Euro. Positiv zu erwähnen ist, dass sich die finanzstarken Ortsvereine finanziell mit einem freiwilligen Zuschuss zum Bundestagswahlkampf beteiligt haben. Weitere Schwerpunktaktivitäten im Berichtszeitraum im Bereich der politischen Arbeit waren:

- Durchführung der Unterbezirksparteitage
- Durchführung von Ortsvereinsvorsitzendenkonferenzen
- Durchführung der Veranstaltungen unserer Kampagne „Bremen wächst. Zusammen.“
- Durchführung von Parteikonferenzen zum Thema Auswertung der Bundestagswahl
- Verschiedene Veranstaltungen des Arbeitskreises soziale Stadt
- Eine Veranstaltung des AK Christinnen und Christen zum Reformationstag
- Jährliche Neumitgliedertreffen, Sommerfeste und Kohltouren

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen ehrenamtlichen Helfern, die bei der Aufbereitung und Erstbeklebung sowie beim Ausbringen und Einbringen der Plakate geholfen haben. Ebenso bei den Kassiererinnen und Kassierern der Ortsvereine für ihre geleistete ehrenamtliche Arbeit und die gute Zusammenarbeit.

Kadriye Pile
Schatzmeisterin

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Seite 1

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2016

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.12.2016

1. Einnahmen:		Betrag
Konto	Bezeichnung	
2000	Beitragsanteile vom LV / Bez.	50.839,54
2100	Mandatsträgerbeiträge	0,00
2200	Spenden von natürlichen Personen	1.200,00
	davon 2210 Namentliche Spenden v. natürlichen Personen	1.200,00
	2220 Spendensammlungen	0,00
2300	Spenden von juristischen Personen	0,00
2400	Einn. a. Unternehmenstätigkeit u. Beteilig.	0,00
2500	Einnahmen aus Vermögen	0,05
2600	Einn. a. Verant. Veröffentl. Drucks. u. sonst. Tätigk.	0,00
2700	Zuschüsse von Gliederungen	22.070,00
2900	Sonstige Einnahmen	0,00
	davon 2910 Sonstige Einnahmen	0,00
	2950 Öffentliche Mittel (Juso / RPJ)	0,00
2990	Beitragseinzug durchlaufend	92,00
Summe der Einnahmen		74.201,59

2. Ausgaben		
Konto	Bezeichnung	
4000	Personalausgaben	0,00
4100	Ausgaben des lfd. Geschäftsbetriebes	2.377,49
4110	Allgemeine Verwaltung	2.117,49
4120	Büro- (Haus-) und Nebenkosten	260,00
4200	Allgemeine politische Arbeit	18.393,91
4310	Europawahlkampf	0,00
4320	Bundestagswahlkampf	0,00
4330	Landtagswahlkampf	0,00
4340	Kommunalwahlkampf	0,00
4400	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	0,00
4500	Sonstige Zinsen	0,00
4700	Zuschüsse an Gliederungen	25.143,07
4900	Sonstige Ausgaben	0,00
4990	Beitragseinzug durchlaufend	92,00
Summe der Ausgaben		46.006,47

*Alle Mandatsträger und Spender sind mit Namen, Anschrift und Betrag in einer Anlage aufzuführen.

** Die Einnahmen der Konten 2400, 2700 und 2910 sowie die Ausgaben der Konten sind in einer Anlage mit Ihren Einzelbeträgen aufzuschlüsseln und zu erläutern (Kontoblatt-Ausdruck).

Alle Beträge in EUR

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Seite 2

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2016

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.12.2016

3. Vermögensrechnung		01.01.2016	31.12.2016
0100	Gegenstände des Anlagevermögens		
1010	Kasse	0,00	0,00
1021	Sparkasse Nr. 1142223	0,00	0,00
1023	Sparbuch Nr. 38671798	63,24	63,29
1031	SEB Kto.1282571900	32.063,07	60.258,14
	Summe Bankkonten	32.126,31	60.321,43
1210	Beteiligungen an Unternehmen		
	Summe Beteiligungen an Unternehmen		
1220	Sonstige Finanzanlagen		
	Summe Sonstige Finanzanlagen		
1410	Forderungen gegenüber Gliederungen der Partei	0,00	0,00
	Summe Forderungen an Gliederungen	0,00	0,00
1420	Sonstige Forderungen	0,00	0,00
1429	Forderungen aus Verrechnung		
	Summe Sonstige Forderungen	0,00	0,00
1610	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei		0,00
	Summe Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei	0,00	0,00
1620	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Summe Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
1630	Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
	Summe Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
1640	Sonstige Verbindlichkeiten		0,00
1649	Verbindlichkeiten aus Verrechnung		
	Summe Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00
1700	Rückstellungen		
	Summe Rückstellungen		
	Vermögensbestände insgesamt	32.126,31	60.321,43
Abstimmung	Summe der Geldbestände am 01.01.:	32.126,31	32.126,31
	+ Einnahmen:	74.201,59	74.201,59
	Zwischensumme:	106.327,90	106.327,90
	- Ausgaben:	46.006,47	46.006,47
	Summe der Geldbestände am 31.12.:	60.321,43	60.321,43
*Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern sind einzeln aufzuschlüsseln und als Anlagen diesem Rechenschaftsbericht beizufügen			

Alle Beträge in EUR

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2016

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.12.2016

4. Weitere Angaben zum Rechenschaftsbericht

In obenstehender Vermögensrechnung sind Gegenstände des Anlagevermögens, Geldbestände, Finanzanlagen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten Und Rückstellungen aufgeführt.

Darüber Hinaus hat der Unterbezirk k e i n weiteres Vermögen (Besitz- oder Schuldposten)

Weiteres Vermögen ist auf anliegendem Blatt mit _____ Euro aufgeführt.

Anschaffungen von mehr als 5.000 Euro je Gegenstand sind in Konto 0100 enthalten und ihrer Nutzungsdauer entsprechend über die jeweiligen Ausgabenkonten abgeschrieben.

5. Vollständigkeitserklärung

Wir versichern hiermit, dass in diesem Rechenschaftsbericht alle Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte vollständig und richtig erfasst und die Angaben in den beigefügten Anlagen vollständig und richtig sind.

Die Vermögensbestände zum 31.12.2016 betragen 60.321,43 Euro.

Ort, Datum: Brem 6. Febr. 2017

Unterschriften

Bestätigung der Richtigkeit vorstehender Angaben:

Kassierer/in:

Uoef Pt

Revisorinnen

Manuel Döppe

Vorsitzende/r:

M. K...

und

Revisoren

Ingo Hamer

* Absichtsvoll unrichtige Angaben sind strafbar gemäß § 31d Absatz 1 des Parteiengesetzes

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2017

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2017

1. Einnahmen:		Betrag
Konto	Bezeichnung	
2000	Beitragsanteile vom LV / Bez.	52.045,50
2100	Mandatsträgerbeiträge	0,00
2200	Spenden von natürlichen Personen	12.150,00
	davon 2210 Namentliche Spenden v. natürlichen Personen	12.150,00
	2220 Spendensammlungen	0,00
2300	Spenden von juristischen Personen	5.000,00
2400	Einn. a. Unternehmenstätigkeit u. Beteilig.	0,00
2500	Einnahmen aus Vermögen	0,00
2600	Einn. a. Verant. Veröffentl. Drucks. u. sonst. Tätigk.	7.416,20
2700	Zuschüsse von Gliederungen	41.260,00
2900	Sonstige Einnahmen	0,00
	davon 2910 Sonstige Einnahmen	0,00
	2950 Öffentliche Mittel (Juso / RPJ)	0,00
2990	Beitragseinzug durchlaufend	0,00
	Summe der Einnahmen	117.871,70

2. Ausgaben		
Konto	Bezeichnung	
4000	Personalausgaben	0,00
4100	Ausgaben des lfd. Geschäftsbetriebes	6.174,83
4110	Allgemeine Verwaltung	6.114,83
4120	Büro- (Haus-) und Nebenkosten	60,00
4200	Allgemeine politische Arbeit	19.300,44
4310	Europawahlkampf	0,00
4320	Bundestagswahlkampf	49.529,79
4330	Landtagswahlkampf	0,00
4340	Kommunalwahlkampf	0,00
4400	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	0,00
4500	Sonstige Zinsen	0,00
4700	Zuschüsse an Gliederungen	21.626,20
4900	Sonstige Ausgaben	0,00
4990	Beitragseinzug durchlaufend	0,00
	Summe der Ausgaben	96.631,26

*Alle Mandatsträger und Spender sind mit Namen, Anschrift und Betrag in einer Anlage aufzuführen.

** Die Einnahmen der Konten 2400, 2700 und 2910 sowie die Ausgaben der Konten sind in einer Anlage mit Ihren Einzelbeträgen aufzuschlüsseln und zu erläutern (Kontoblatt-Ausdruck).

Alle Beträge in EUR

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Seite 2

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2017

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2017

3. Vermögensrechnung		01.01.2017	31.12.2017
0100	Gegenstände des Anlagevermögens		
1010	Kasse	0,00	0,00
1021	Sparkasse Nr. 190637102	0,00	81.455,66
1023	Sparbuch Nr. 38671798	63,29	63,29
1024	PayPal Konto	0,00	42,92
1031	SEB Kto.1282571900	60.258,14	0,00
	Summe Bankkonten	60.321,43	81.561,87
1210	Beteiligungen an Unternehmen		
	Summe Beteiligungen an Unternehmen		
1220	Sonstige Finanzanlagen		
	Summe Sonstige Finanzanlagen		
1410	Forderungen gegenüber Gliederungen der Partei	0,00	0,00
	Summe Forderungen an Gliederungen	0,00	0,00
1420	Sonstige Forderungen	0,00	0,00
1429	Forderungen aus Verrechnung		
	Summe Sonstige Forderungen	0,00	0,00
1610	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei		0,00
	Summe Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei	0,00	0,00
1620	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Summe Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
1630	Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
	Summe Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
1640	Sonstige Verbindlichkeiten		0,00
1649	Verbindlichkeiten aus Verrechnung		
	Summe Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00
1700	Rückstellungen		
	Summe Rückstellungen		
	Vermögensbestände insgesamt	60.321,43	81.561,87
Abstimmung			
	Summe der Geldbestände am 01.01.:	60.321,43	
	+ Einnahmen:	117.871,70	
	Zwischensumme:	178.193,13	
	- Ausgaben:	96.631,26	
	Summe der Geldbestände am 31.12.:	81.561,87	
*Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern sind einzeln aufzuschlüsseln und als Anlagen diesem Rechenschaftsbericht beizufügen			

Alle Beträge in EUR

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2017

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2017

4. Weitere Angaben zum Rechenschaftsbericht

In obenstehender Vermögensrechnung sind Gegenstände des Anlagevermögens, Geldbestände, Finanzanlagen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten Und Rückstellungen aufgeführt.

Darüber Hinaus hat der Unterbezirk k e i n weiteres Vermögen (Besitz- oder Schuldposten)

Weiteres Vermögen ist auf anliegendem Blatt mit _____ Euro aufgeführt.

Anschaffungen von mehr als 5.000 Euro je Gegenstand sind in Konto 0100 enthalten und ihrer Nutzungsdauer entsprechend über die jeweiligen Ausgabenkonten abgeschrieben.

5. Vollständigkeitserklärung

Wir versichern hiermit, dass in diesem Rechenschaftsbericht alle Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte vollständig und richtig erfasst und die Angaben in den beigefügten Anlagen vollständig und richtig sind.

Die Vermögensbestände zum 31.12.2017 betragen 81.561,87 Euro.

Ort, Datum: Bremen, den 14.02.2018

Unterschriften

Kassierer/in: [Handwritten Signature]

Vorsitzende/r: [Handwritten Signature]

Bestätigung der Richtigkeit vorstehender Angaben:

Revisorinnen [Handwritten Signature]
und [Handwritten Signature]
Revisoren [Handwritten Signature]

* Absichtsvoll unrichtige Angaben sind strafbar gemäß § 31d Absatz 1 des Parteiengesetzes

Bericht des Mitgliederbeauftragten UB-Bremen Stadt

Mitgliederstruktur in 2016/17

Ähnlich zum Bundestrend ist auch in Bremen-Stadt die Zahl der Mitglieder in den letzten beiden Jahren gewachsen. Am 31.12.2016 waren im Unterbezirk 2796 Mitglieder verzeichnet – 1820 (65,09%) männlich und 976 (34,91%) weiblich. Mehr als die Hälfte sind über 60 Jahre (53,58%), der Altersdurchschnitt betrug 59 Jahre. Es gab insgesamt 87 Neuzugänge, von denen wiederum 61 männlich und 26 weiblich waren. Abgänge gab es in diesem Jahr insgesamt 175, von denen 125 ausgetreten sind und 50 verstorben.

In 2017 zeigt sich ein ähnliches Bild: Insgesamt sind 254 Neumitglieder (161 männlich und 93 weiblich) verzeichnet worden, sodass in Bremen-Stadt zum 31.12.2017 insgesamt 2910 Mitglieder sind. 172 Personen haben in 2017 verlassen, davon 127 Austritte und 45 Todesfälle.

Tätigkeiten des (Neu-)Mitgliederbeauftragten

Neben den Ortsvereinen – die die Betreuung der (Neu-)Mitglieder primär übernehmen – und der Landesorganisation, die in regelmäßigen Abständen Informationsveranstaltungen für Neumitglieder organisiert hat, hat der Unterbezirk sich auf zwei Säulen konzentriert:

- Neumitglieder wurden 2x jährlich im Rahmen von Veranstaltungen angesprochen. Diese fanden im Januar jeweils mit einem Neumitgliederfrühstück statt. Hier ging es insbesondere darum, die Strukturen der SPD zu erklären, Fragen zu beantworten, Kritik entgegenzunehmen und miteinander ins Gespräch zu kommen. Teilgenommen haben zwischen 20 und 40 Personen.

Darüber hinaus fand Mitte des Jahres eine Rathausführung mit anschließendem Gespräch mit dem Bürgermeister und Präsidenten des Senats, Dr. Carsten Sieling, statt. Auch hier ging es primär darum, miteinander ins Gespräch zu kommen. Teilgenommen haben rund 50 Personen.

- Daneben wurde im Unterbezirk ein Konzept erarbeitet, um die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften zu betreuen. Jedes Vorstandsmitglied ist entsprechend für einen oder mehrere Ortsvereine und/oder Arbeitsgemeinschaften verantwortlich. Ziel ist es, dass zum einen die UB-Vorstandsmitglieder in die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften und dort von der Arbeit und die Abläufe des UB-Vorstands berichten und zum anderen einen Eindruck gewinnen, welche Bedarfe vor Ort herrschen und wo der UB unterstützend tätig werden kann. Zwar wurden das Konzept und die Zuständigkeiten an die Ortsvereinsvorsitzenden verschickt, eine Resonanz blieb bislang jedoch aus. Es ist jedoch anzunehmen, dass, sollte der künftige Vorstand dieses Konzept weiterverfolgen, durch die Verstetigung, die erhofften Erfolge erzielt werden.

Darüber hinaus gab es noch zahlreiche Anfragen von Ortsvereinen und einzelnen Mitgliedern, die stets zeitnah beantwortet wurden. Einige Ortsvereine haben auch die Möglichkeit genutzt, den Mitgliederbeauftragten in ihre Neumitgliedertreffen der OV's einzuladen, um über die Strukturen zu referieren.

Einzelberichte

Bericht der Jungsozialist*innen in der SPD (Jusos)

In unserem folgenden Bericht wollen wir unseren Genossinnen und Genossen innerhalb und außerhalb der Partei, Interessierten und anderen geneigten Leser*innen einen kurzen Einblick in unsere Arbeit in den vergangenen beiden Jahren 2016/2017 geben. Wer mehr über unsere Tätigkeiten wissen möchte, dem seien unsere Arbeitsberichte aus den Jahren 2016 und 2017 empfohlen. Diese findet ihr auf der Homepage www.jusos-bremen.de unter dem Abschnitt Positionen & Beschlüsse.

Wer sind die Jusos?

Wir selbst verstehen uns als eigenständige Jugendorganisation und gleichzeitig als linker Richtungsverband in der SPD und stehen in einem kritisch-konstruktivem Verhältnis zur SPD auf allen Ebenen. Unser Verband ist auch in Bremen in den letzten beiden Jahren gewachsen und hat sich inhaltlich als lebendig, vielfältig und aktiv erwiesen. Als Jungsozialist*innen treten wir weiterhin für den demokratischen Sozialismus, konsequenten Antifaschismus, Feminismus und Internationalismus ein.

Was haben wir in den letzten Jahren gemacht?

Im Rahmen unserer Arbeit in den vergangenen beiden Jahren haben wir sowohl inner- als auch außerhalb der SPD Bremen-Stadt gearbeitet und einiges erreicht. So ist es uns gelungen, Beschlüsse u.a. für einen Standort für das Zuckerwerk, die Ausbildungsumlage und die Abschaffung der Anwesenheitspflicht an Bremischen Hochschulen in den Beschlüssen der Partei zu verankern. Zudem waren wir im Bundestagswahlkampf 2017 eine treibende Kraft und haben mit zahlreichen eigenen Aktionen unsere Mutterpartei unterstützt und insbesondere um junge (Erst-)Wähler*innen geworben. Dazu gehörten beispielsweise Schulverteilungen und Aktionen zur Wohnungsknappheit, die besonders junge Menschen in Studium, Ausbildung oder Schule betrifft. Darüber hinaus haben wir öffentliche Vorträge über die Strategien neuer und alter Nazis sowie über aktuelle Themen wie den Konflikt in Katalonien organisiert. Außerdem entstand die erste Ausgabe unseres Verbandsmagazins "Morgenrot". 2017 führten wir einen Marx-Lesekreis ein, der an wechselnden Orten in Bremen stattfand. Dieser wird in einem veränderten Konzept mit wechselnden Themenblöcken seit Dezember fortgesetzt. Außerdem wurde 2017 ein Patinnen*-Programm etabliert, das neuen weibliche Mitglieder unseres Verbandes eine erfahrene Juso-Patin* an die Seite stellt. Weiterhin fanden, wie in früheren Jahren, gemeinsame Aktivitäten für unsere Mitglieder statt, beispielsweise das Neumitglieder-Grillen, Rathausführungen, Kohltouren und die traditionellen Bummel über den Freimarkt und den Weihnachtsmarkt.

Auch bei Veranstaltungen des Juso-Bundesverbandes waren die Jusos Bremen-Stadt vertreten: hierunter die Bundeskongresse in Dresden (2016) und Saarbrücken (2017), die Jugend-Wahlkampfklausur im März 2017 oder das Europe Turn Left Festival. Hinzu kommen zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen, bei denen die Jusos Bremen-Stadt Flagge gezeigt haben. Auch bei den Delegationsreisen nach Palästina und Israel im Winter 2016 sowie nach Bologna fuhren Mitglieder der Jusos Bremen-Stadt mit.

Wie bewerten wir die Arbeit der SPD in den Jahren 2016/2017?

Anlässlich dieses Jahrbuches wollen wir uns (zumindest kurz), mit der Arbeit der SPD in den beiden letzten Jahren auseinandersetzen und diese bewerten und dabei insbesondere auf die Situation der Bremer SPD eingehen. Die Große Koalition auf Bundesebene und der gesellschaftliche Rechtsruck haben auch in der Bremer SPD ihr Spuren hinterlassen. Wir kritisieren ganz deutlich den Rechtskurs gegen Geflüchtete und Migrant*innen, der von Teilen des Senats und der Bürgerschaftsfraktion

gefahren wird. Wir sehen es als die Pflicht der SPD Bremen an, solchen Positionen auch in der eigenen Partei entgegen zu treten, was leider nicht geschah. Auch wurden Erfolge für linke, häufig von uns Jusos angestoßene, Politik hinterher wieder eingesammelt bzw. verschleppt und so der positive Effekt zunichte gemacht. Als Beispiele können hier die Abschaffung der Anwesenheitspflicht an den Hochschulen oder die Umsetzung des Arisierungsmahnmals gelten.

Rechenschaftsbericht AfA UB-Bremen Stadt

Im Berichtszeitraum 2016-2017 führte der AfA-Unterbezirk regelmäßig alle 5-6 Wochen Sitzungen für alle Interessierten AfA-Mitglieder durch. Die Themen wurden zuvor besprochen und abgestimmt.

Dabei wurden sowohl aktuelle bundespolitische Themen wie das „Grünbuch Arbeiten 4.0“ oder „Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes“ behandelt, als auch landespolitische Themen wie die Frage zur Zukunft des Landesmindestlohns oder die Diskussion um das Programm „Teilhabe durch Arbeit“ sowie die Einrichtung von Jugendberufsagenturen.

In verschiedenen Sitzungen wurden auch betriebliche Themen aufgegriffen, wie die Situation im Jobcenter Bremen, dem Bürger-Service-Center oder von städtischen Gesellschaften. Insgesamt ist dabei festzustellen, dass auch in städtischen Gesellschaften Themen wie „mangelnde Beteiligung der betrieblichen Interessenvertretungen“ oder „wenig spürbare Wertschätzung für die Arbeitsleistung der Beschäftigten“ die Beschäftigten berühren.

In Abstimmung mit dem SPD-Unterbezirk haben wir uns ferner mit der Situation der Auszubildenden in Bremen beschäftigt. Hierzu soll in diesem Jahr eine Konferenz organisiert werden. Gemeinsam mit dem „Forum für Arbeit“ haben wir uns mehrfach mit dem Thema „Arbeitszeit“ beschäftigt, das in den aktuellen tarifpolitischen Auseinandersetzungen wieder an Bedeutung zugenommen hat. Auch hierzu wollen wir in 2018 eine Initiative starten.

Selbstverständlich haben wir in der Zeit weiterhin den Kontakt zu den Gewerkschaften gehalten und uns an den 1. Mai-Aktivitäten beteiligt.

Bericht der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Im Februar 2016 hat die Jahreshauptversammlung der ASF einen neuen Vorstand, bestehend aus Shantha Chaudhuri (Vorsitzende), Annika Barlach (stellvertretende Vorsitzende) und Laura Luhede (Schriftführerin), gewählt. Als Beisitzerinnen wurden Ruken Aytas, Nada Brkic, Dr. Brigitte Hahn-Walczak, Marlo Jütte, Anja Riemer und Dr. Angela Stoklosinski gewählt.

Vorstandssitzungen:

Die ASF Vorstandssitzungen fanden regelmäßig an jedem zweiten Donnerstag im Monat statt und waren ausdrücklich für alle interessierten Genossinnen und Frauen außerhalb der Partei geöffnet. Unsere Vorstandssitzungen sind der Ort, an dem wir offen, durchaus kontrovers, aber immer wertschätzend, die aktuellen politischen Themen diskutieren. Bei unseren Diskussionen hat sich gezeigt, dass Gleichstellungspolitik ein Querschnittsthema ist, was viele gesellschaftliche Bereiche betrifft und nicht auf Frauenpolitik reduziert werden kann. Exemplarisch seien folgende Themen genannt, mit denen wir uns befasst haben: Burkaverbot, Prostitutionsgesetz, Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Öffentlichen Dienst Bremen, Situation von geflüchteten Frauen nach Gewalterfahrung, Entgeltgleichheit. Zu einigen dieser Themen konnte wir uns mit externen Fachfrauen austauschen, die

uns in der Vorstandssitzung oder bei einem Vor-Ort-Besuch einen tieferen Einblick in ihr Fachgebiet und die Arbeit ihrer Organisation gegeben haben. In einem Fall haben wir auch den von einer gemeinnützigen Frauenorganisation eingebrachten Antrag auf Globalmittel in einem Stadtteilbeirat erfolgreich mit der dortigen SPD Beiratsfraktion durchbringen können.

Aktionen:

Seit 2014 organisiert die ASF jedes Jahr im Rahmen der Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag eine Filmvorführung im Kino City 46. Im Jahre 2016 war dies der Film „Monsieur Claude und seine Töchter“ und im Jahre 2017 „Alice Paul – der Weg in´s Licht“. Die Filmvorführungen waren in beiden Jahren gut besucht und sind ein erfolgreiches Format, um Genossinnen und auch Nichtmitglieder vor und nach der Filmvorführung zwanglos miteinander zu vernetzen. Zur Mitgliederbindung haben wir im Zuge des Bundestagswahlkampfes zusammen mit unserer Bundestagskandidatin im August 2017 einen Frauenstadtrundgang zum Thema „Stark, mutig, erfolgreich – Unternehmerinnen in Bremen seit 1789“ veranstaltet, der ebenso wie der ASF Stammtisch mit Sarah im November 2016 die Möglichkeit bot, Bundestagsarbeit aus erster Hand kennenzulernen.

Gremienarbeit:

Seit der ASF Bundeskonferenz 2016 in Magdeburg, ist die ASF Bremen mit Shantha Chaudhuri als Beisitzerin wieder im ASF Bundesvorstand vertreten. Dr. Angela Stoklosinski ist seit 2017 für die ASF als Beisitzerin im Vorstand des Bremer Frauenausschusses. Außerdem hat sich die ASF in den letzten beiden Jahren aktiv im Arbeitskreis Schafferinnenmahl eingebracht.

Ausblick:

In den kommenden Monaten stehen eine Klausurtagung des Vorstandes mit den Neumitgliedern sowie die Themen Altersarmut bei Frauen und 100 Jahre Wahlrecht für Frauen auf der Agenda. Abschließend möchten wir uns noch bei allen Genossinnen und Genossen bedanken, die unsere Arbeit in den letzten Jahren unterstützt haben.

Shantha Chaudhuri
Vorsitzende

Bericht der AG 60plus über ihre Tätigkeit in den Jahren 2016 / 2017

Die Zusammenarbeit im Vorstand der AG 60plus mit den Parteimitarbeitern /Mitarbeiterinnen war im Berichtszeitraum 2016 / 2017 kollegial und gut.

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus im Unterbezirk Bremen Stadt ist die politische Gemeinschaft der 60 Jahre und älteren Mitglieder in der Bremer SPD. Die Arbeitsgemeinschaft arbeitet auf der Grundlage der für den SPD-Unterbezirk Bremen – Stadt geltenden Satzung.

Die AG 60plus bildet aus den bei ihr organisierten 1600 Mitglieder im Unterbezirk Bremen- Stadt einen Vorstand. Dieser wiederum organisiert seine Tätigkeit nach eigenverantwortlich gesetzten politischen Themen und Schwerpunkten. Sie will durch ihre Tätigkeit vor allem für eine angemessene Beachtung der Älteren in der Politik der Bremer und der bundesdeutschen SPD Politik sorgen.

Gemäß der geltenden Satzung wirken 60plus Mitglieder, als stimmberechtigte Delegierte an der politischen Arbeit des Unterbezirks und des Unterbezirksparteitages mit. Bei den Mitgliedern der AG 60plus finden sie politische Partner, mit denen sie gleichgelagerte Themen und Probleme erörtern und beraten können. Dort werden Besuche und Gespräche mit politische relevanten Institutionen und Gremien vorbereitet und organisiert, um für von den Mitgliedern vorgetragenen Probleme und

Misstände und Lösungen zu erarbeiten. Aufmerksamkeit findet alles, was politisch in Bremen, in Deutschland und in Europa von Bedeutung ist. Die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung von Aktivitäten ist für Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler immer wieder eine Herausforderung, weil dafür hauptamtliche Kräfte nicht zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass für solche Treffen angemessene Rahmenbedingungen nicht vorhanden sind. Die Räumlichkeiten des Parteibüros (sie stehen für Parteisitzungen nicht mehr zur Verfügung!) und Lage und Zugang über Pförtner, Fahrstuhl, Parkplatz in der Stadtmitte, ist nicht akzeptabel. Die Verlegung des Büros von der Stadtmitte an die Peripherie Bremens sollte deshalb betrieben werden.

So werden Fragen des altersgerechten Wohnen, der Gesundheitspolitik, der Krankenversicherung, der Rentenpolitik, der wachsenden Altersarmut, der Altersdiskriminierung, der öffentlichen Sicherheit, Misstände in der Unterbringung und Pflege von älteren Bremern leidenschaftlich diskutiert. Dazu werden Anträge/Lösungsvorschläge erarbeitet, beschlossen und an den Unterbezirksparteitag, an die SPD Bürgerschaftsfraktion, den Senat oder auch an andere 60plus Organisationen in den Ländern auf den Weg gebracht. Es geht fast immer um Forderungen für ein menschenwürdiges Altern und altersgerechte Lebensumstände durch Einflussnahme auf die zuständigen politische Gremien der SPD, die durchaus nicht immer bei ihren politischen Entscheidungen an die Auswirkungen auf die älteren Bremerinnen und Bremer denken.

Um die Wirkung der Bremer SPD Politik auf die Älteren Bremer Genossinnen und Genossen zu ermitteln, haben wir eine Mitgliederbefragung unter den Mitgliedern der AG 60plus durchgeführt. Dabei sind folgende Ergebnisse herausgekommen: Es werden zentrale Veranstaltungen zu politischen Themen begrüßt. Es wird eine nicht ausreichende Unterstützung in einigen Ortsvereinen kritisiert. Übergreifend wird deutlich angemerkt, dass die SPD insgesamt, aber auch unsere Bürgerschaftsabgeordneten zu wenig Einsatz für die älteren Mitglieder leisten. Vorausblickend auf 2018 sind u.a. deshalb vermehrt Veranstaltungen mit Genossinnen und Genossen, aktiven und ehemaligen Bürgerschaftsabgeordneten, die u. a. aus ihrer Bürgerschaftstätigkeit berichten sollen, geplant.

Von großer Wichtigkeit für die Belange der älteren Bremerinnen und Bremer, ist die Arbeit als Abgeordneter oder Deputierter in der SPD Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft. Kritisch muss angemerkt werden, der Bremer SPD Unterbezirksvorstand es abgelehnt hat, Ältere, die in der AG 60plus engagiert tätig sind, der SPD Fraktion als Deputierte vorzuschlagen. Die Mitwirkung an der Arbeit der Fraktion würden die immer wieder festzustellenden Informationsdefizite deutlich beseitigen bzw. minimieren.

Damit wurde vom UB Vorstand erneut die Chance verschenkt, die Verbindung zwischen der Bürgerschaftsfraktion und der AG 60plus zuverlässig produktiv zu gestalten und der AG 60plus eine Teilhabe und Mitgestaltung der Älteren an der SPD Politik in der Stadt Bremen zu organisieren.

Die Gremien der Partei werden in den nächsten Wochen neu gewählt. Der zur Verfügung gestellte Raum reicht nicht aus, um alle von der AG 60plus ergriffenen Aktivitäten ausführlich darzustellen. So ist es nur möglich, die Aktivitäten der Jahre 2016 und 2017 stichwortartig darzustellen.

Aktivitäten 2016/2017

- 2016 und 2017 politischer Jahresauftakt mit dem SPD Fraktionsvorsitzenden Björn Tschöpe und dem sozialpolitischen Sprecher der SPD Fraktion Klaus Möhle
- 2016 und 2017 Teilnahme am Tag der älteren Generation, 2016 am 01.10. und Ende September 2017
- Antrag zur Regelung eines geordneten Fahrradverkehrs in der Bremer Innenstadt und in den Wallanlagen
- Antrag Wiederherstellung der Beitragsparität in der gesetzlichen Krankenversicherung

- Gespräch und Begehung des Bürgerparks mit Tim Großmann, Geschäftsführer des Bremer Bürgerparks
- Antrag zur Sicherung der Wanderwege und Schutz vor rücksichtslosen Radfahrern in den Bremer Wallanlagen
- Treffen mit Herbert Schmalstieg in Bremen, Hannovers Oberbürgermeister a.D.
- Informationsgespräch über das Österreichische Rentenversicherungssystem basierend auf einer Vortragsreihe der Arbeitnehmerkammer Bremen
- Streitgespräch mit den Bremer Jusos zur Entwaffnung der Bremer Streifenpolizei
- Orchesterprobe mit Markus Poschner bei den Bremer Philharmonikern
- Besuch der Liebermann Ausstellung in Kunsthalle
- Antrag zur Sicherung der Bremer Alten - Begegnungsstätten
- Altersdiskriminierung durch Banken / Wohnimmobilien Kredite für Ältere
- Endlich erreicht: Teilnahme an den Vorbesprechung der SPD Dep. Soziales
- Gespräch mit Sarah Ryglewski zur Beteiligung am Bundestagswahlkampf 2017
- Werksbesuch und Gespräch mit Betriebsrat Mercedeswerk in Sebaldsbrück
- Besichtigung Netzmuseum „Die Adern der Stadt“ Wasserkraftwerk / Weserkraftwerk
- Sommerfest AG 60 plus 2016 und 2017
- Aktive Unterstützung und politischen Einsatz zum Erhalt der AMeB - Begegnungsstätten
- Diskussion zur Wahrnehmung der Grundmandate aus den Unterbezirken
- Besichtigung des Bremer Doms
- Gespräch mit Joachim Schuster, MdEP, zu BreXit, Ceta, TTiP
- Besuch und Gespräch mit der Geschäftsführung des Martinshof im Bremer Osten (Behindertenwerkstätten)
- Jahresabschlusstreffen / Weihnachtsfeier der AG 60plus im Haus Sparer Dank 2016 mit dem Beiratssprecher Obervieland, Stefan Markus, 2017 mit dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Christian Weber

Für den Vorstand AG 60plus im UB Bremen Stadt

Ekkehard Grimm

Hubert Resch

Wolfgang Helfst

Egon Frerich

Der sozialdemokratische Arbeitskreis Christinnen und Christen

Seit Januar 2008 gibt es die „Christinnen und Christen in der SPD“ (AKC) als offiziellen Arbeitskreis. Den AKC für Bremen gründeten wir Anfang 2010. Unser Arbeitskreis ist ein Zusammenschluss von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich neben anderen Überzeugungen auch aus ihrem christlichen Glauben heraus in der SPD engagieren. Kernanliegen des AKC ist es, christliche Werte und Motive in sozialdemokratische Politik einzubringen und umgekehrt die Ziele und Positionen der Sozialdemokratie im Dialog mit den christlichen Kirchen und allen Glaubensgemeinschaften, kirchlichen bzw. religiösen Verbänden und anderen religiös-weltanschaulichen Institutionen zur Geltung zu bringen.

Auch in den Jahren 2016/2017 hat sich der AKC Bremen in seinen Treffen mit politischen Themen mit Religions-/Kirchen-/Weltanschauungsbezug befasst. Unter anderem:

- Befassung mit den kirchen- und religionspolitischen Beschlüssen des SPD-Landesvorstandes

- Positionierung für den Reformationstag als zusätzlichen gesetzlichen Feiertag in Bremen und Niedersachsen
- Organisation einer Podiumsdiskussion „500 Jahre Reformation und weiter? Glaubensreform und Politik – was würde Luther heute wählen?“

Auch 2017/2018 wollen wir unsere Arbeit mit möglichst vielen Interessierten fortsetzen und würden uns freuen, wenn alle, die mitwirken möchten, sich bei uns melden.

Angela Schmelter

Catharina Hanke

Gabriele Bredow

Gerald Wagner

Arbeitskreis Digitale Gesellschaft - Unterbezirk Bremen - Tätigkeitsbericht 2016/2017

„Die Obama Regierung hat Angst vor Euch. Sie hat Angst vor einer informierten, wütenden Öffentlichkeit“, Edward Snowden

Der Arbeitskreis Digitale Gesellschaft trifft sich monatlich an jedem letzten Mittwoch. Neben diesen Treffen haben wir Firmen besucht ein drei Konferenzen zu digitalen Themen durchgeführt.

Veranstaltungen und Firmenbesuche

- April 2016, Netztag 2016.1 „Bildung in der digitalen Welt“
- August 2016, Firmenbesuch Traum-Ferienwohnungen GmbH
- September 2016, Netztag 2016.2 „Zukunft der Arbeit - Arbeit der Zukunft“
- März 2017, Firmenbesuch hmmh Medienhaus
- Mai 2017, Netztag 2017.1 „Das Internet ist jetzt da - Onlinewahlkampf 2017“
- November 2017, Besuch Polizei Breme

Anträge zu Parteitag

Zusammen mit verschiedenen Ortsvereinen haben wir für die Parteitage Anträge zum Themenkomplex "Innere Sicherheit" erarbeitet. Unsere Vorschläge konnten noch nicht die Mehrheit der Delegierten überzeugen, aber die Diskussionen waren sehr lebhaft.

Bundestagswahlkampf 2017

Unser Netztag 2017.1 stand unter der Überschrift "Das Internet ist jetzt da - Onlinewahlkampf 2017". Zusammen mit den Jusos haben wir die Themen Nutzung von sozialen Netzwerken, Zielgruppenorientierung und Gestaltung von Informationsangeboten im Internet besprochen.

Die monatlichen Treffen haben wir in der Wahlkampfzeit eingeschränkt und Offline-Wahlkampf gemacht.

Wir bedanken uns bei dem UB-Vorstand und besonders bei den Menschen im SPD-Fraktionsbüro für die Unterstützung unserer Aktivitäten in den letzten zwei Jahren.

Für den AK, Rainer Hamann, Maurice Mäsichig, Philipp Schrage

AK Soziale Stadtentwicklung

Der Unterbezirk Bremen hat einen neuen Arbeitskreis „Soziale Stadtentwicklung“ eingerichtet. Ziel dieses Arbeitskreises ist es, auf der Basis der beiden UB-Beschlüsse

- Chancengerechtigkeit und Armutsprävention in den Stadtteilen

- Flüchtlinge dauerhaft aufnehmen – Wachsendes Bremen sozial gestalten
- Stadt- und stadtteilbezogene Entwicklungen so voranzutreiben, dass sie unseren Ansprüchen auf soziale Gerechtigkeit entsprechen.
- Der Arbeitskreis hat beispielhaft Vorschläge erarbeitet und gemeinsam mit Beiratsmitgliedern und anderen Funktionsträgern vor Ort konkrete Projekte entwickelt. Zunächst haben wir mit einer Analyse begonnen:
- Bremen wächst: Quantitative und qualitative Anforderungen an den Wohnungsbau und die Entwicklung von Arbeitsorten zur Vermeidung von Segregation
- Menschenrecht auf Wohnen - Aspekte aus Sicht von Betroffenen (Bürger mit Wohnungsnot)
- Informationen zum Wohnungsbau in Bremen aus der Fraktion
- Berichte aus den Stadtteilen (von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des AK)
- Vom Gewerbegebiet zum lebendigen Quartier: Chancen und Grenzen von Nutzungsmischung
- Auswertung des Zwischenberichts aus dem Projekt des Instituts Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Uni Bremen "Bremen als wachsende Stadt? Herausforderungen und Chancen einer Zuwanderung für Bremen"
- Wohnungsbaustrategie der Gewoba

Danach sind wir dann inhaltlich eingestiegen und haben unterschiedliche Themen bearbeitet.

Gröpelingen

Gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen aus Gröpelingen/Oslebshausen haben wir ein Schwerpunktprogramm für den Stadtteil entwickelt, den die Genossinnen und Genossen vor Ort weiterbearbeiten. Das Programm wurde auch der Presse vorgestellt.

Woltmershausen

Ebenso haben wir die Genossinnen und Genossen in Woltmershausen unterstützt, die ihr Schwerpunktprogramm für den Stadtteil Woltmershausen: „Nun geith dat los“ genannt haben.

Kattenturm

Nächstes Jahr beginnen wir mit der Analyse des Entwicklungsstandes von Kattenturm-Mitte; natürlich gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen vor Ort.

Wohnungsbau

Der Wohnungsbau ist nicht nur wichtig für die wachsende Stadt, für bezahlbaren Wohnraum für alle, sondern hat auch einen wesentlichen Einfluss auf die Sozialstruktur in den Stadtteilen. Daher arbeitet eine Untergruppe an einem umfassenden Konzept für Bremen. Der Antrag an den Unterbezirk soll in den ersten Monaten 2018 fertiggestellt werden.

Entwicklungspotenziale

Es gibt viele Entwicklungspotenziale in Bremen z. B. fehlen Wohnungen für Studierende und Auszubildende (wir haben in Gröpelingen und in Woltmershausen dafür Plätze gefunden). Kleingewerbe und Handwerksbetrieben fehlt oft Raum für den Start und die Weiterentwicklung. Hier macht Bremen weniger als andere. Deshalb wollen wir in Woltmershausen bei der Entwicklung des swb-/Brinkmangeländes diesen Aspekt berücksichtigt sehen. Das gilt ebenso für das Könneke- und Coca Cola-Gelände in Hemelingen. Während letzteres auf einem guten Weg ist, wartet Woltmershausen seit Jahren auf Fortschritte für die Entwicklung der Gebiete.

Auch die Bebauung des Rennplatzes ist ein wichtiges Thema, das aber vor allem von den Genossinnen und Genossen vor Ort bearbeitet wird. Wir haben sie nach allen Kräften inhaltlich unterstützt.

Aus der Analyse, aus dem Gelernten in den Stadtteilen und durch die vielen Gespräche mit Bewohnerinnen und Bewohnern und Expertinnen und Experten vor Ort haben wir einige Themen in der Bremer SPD auf den Weg gebracht:

- Offensiv leerstehende Gebäude in Bremen bearbeiten / Schrottimmobilien entwickeln
- Bildungsverstärkungsbudget schon in 2017 für das neue Kindergarten- bzw. Schuljahr beginnen (UB-Antrag gemeinsam mit dem UB-Vorstand); die Bildungsbehörde hat davon schon einiges auf den Weg gebracht
- Investitionen in die Bildungsinfrastruktur – jetzt Weichen für die Mammutaufgabe stellen (UB-Antrag gemeinsam mit dem UB-Vorstand)
- Wohnheim für Auszubildende

Schlussendlich haben wir unser Wissen und unsere Erfahrungen zum Thema „Ankunftsstadtteile“ zusammengetragen und ein Arbeitspapier mit Thesen dazu entwickelt, das wir nun nach und nach abarbeiten.

Der Arbeitskreis trifft sich regelmäßig monatlich. An den Sitzungen nehmen 10 – 15 Genossinnen und Genossen teil.

SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt Wahlperiode 2016/17

- Beschlussbericht

A1/2016	Für eine politische Offensive zur Konfliktlösung in Syrien und Irak
Antragsteller:	OV Altstadt-Mitte
Beschluss:	Annahme, Antrag an den Landesparteitag, Antrag an den Bundes-Parteikonvent
Sachstand:	Der Antrag wurde auf dem Landesparteitag am 30. April 2016 beschlossen. Der Antrag lag dem Parteikonvent am 19. September 2016 vor, die Beratung wurde auf den nächsten Konvent verschoben. Ein neuer Konvent hat noch nicht wieder stattgefunden.

A2/2016	Sexualisierte Gewalt stoppen – rassistische Instrumentalisierung nicht hinnehmen
Antragsteller:	Jusos
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Der Beschluss war eine Resolution. Der Bundestag hat sich inzwischen im Zuge der Gesetzesbefassung „Nein heißt Nein“ mit der Thematik auseinandergesetzt. Das verschärfte Sexualstrafrecht wurde im Sommer 2016 einmütig beschlossen.

A3/2016	Das Präventionsnetzwerk kitab in Bremen stärken
Antragsteller:	OV Schwachhausen-Nord
Beschluss:	Annahme, Antrag an den Landesparteitag
Sachstand:	Der Antrag wurde auf dem Landesparteitag am 30. April 2016 beschlossen. Der Senat hat im Oktober 2016 beschlossen, das Netzwerk für 2017 mit 120.000 Euro zu finanzieren. Damit werden die auslaufenden Bundesmittel nicht nur ersetzt sondern verdoppelt. Über die Weiterfinanzierung wird mit dem neuen Haushalt 2018/19 zu entscheiden sein. Siehe dort zu A10/2017

A4/2016	Beschlüsse mit Begründung veröffentlichen
Antragssteller:	OV Schwachhausen-Nord
Beschluss:	Überweisung an UBV
Sachstand:	Der UBV hat den Antrag am 9.6.2016 beraten: Im Zuge der laufenden Überarbeitung der Internetseite des UB wird es im internen Bereich eine Möglichkeit geben, Anträge aus den Gliederungen mit der zugehörigen Begründung abzulegen. Die Begründung dieser Anträge der Gliederungen zusammen mit den Beschlüssen des Unterbezirksparteitages zu veröffentlichen, ist angesichts der Tatsache, dass Anträge an die Parteitage häufig verändert und/oder ergänzt werden, nicht sinnvoll.

A5/2016	Schutz vor Verfolgung gewährleisten – auch für Menschen aus dem Maghreb
Antragssteller:	Jusos
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Der Bundestag hat im Mai 2016 (gegen die Stimmen einiger SPD-Abgeordneter, darunter die der Genossin Sarah Ryglewski) die Maghreb Staaten Marokko, Tunesien und Algerien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Der Bundesrat hat die für Juni 2016 geplante Befassung ausgesetzt, da keine Mehrheit mit Ländern mit grü-

ner Regierungsbeteiligung, u.a. Bremen, absehbar ist. Im März 2017 hat der Bundesrat die Gesetzesnovelle der Bundesregierung abgelehnt.

A6/2016	Schnelle Nachbesetzung von Stellen der Kontaktpolizisten
Antragssteller:	OV Arbergen/Mahndorf
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Das im August 2017 von der Innendeputation beschlossene Konzept zur Polizeireform 2.600 sieht eine Sicherstellung der Polizei in der Fläche vor. Es sind mindestens 100 Kontaktpolizist/innen vorgesehen, die derzeit so schnell wie möglich, dabei aber sukzessive auf Grundlage der Ausbildungsfortschritte besetzt werden.

A7/2016	Beendigung der Altersdiskriminierung bei der Wahl von Schöffen
Antragssteller:	AG 60+
Beschluss:	Annahme, Antrag an Landesparteitag, Antrag an den Bundesparteitag
Sachstand:	Der Antrag wurde auf dem Landesparteitag am 30. April 2016 beschlossen. Dabei wurde die Forderung ergänzt um eine Herabsetzung der Altersgrenze von 25 auf 18 Jahre. Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 wurde der Antrag in Verweis auf das beschlossene Regierungsprogramm, das Allg. Gleichstellungsgesetz auch auf öffentliches Handeln auszudehnen, als erledigt betrachtet. Seit August 2017 ermöglicht es eine Gesetzesnovelle zumindest, dass Schöff/innen in einer laufenden Wahlperiode auch über 70 bis maximal 75 weiter tätig sein können.

I1/2016	Nachhaltige Entwicklung des Geländes der Uniwildnis
Antragsteller:	initiativ
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Die Ferienfreizeiten auf der Uniwildnis / Alter Campingplatz für Kinder aus Familien mit geringen Einkommen konnten in Sommer 2016 und 17 planmäßig stattfinden. Solange keine anderweitige Nutzung des Geländes beschlossen ist, steht zukünftigen Ferienfreizeiten grundsätzlich nichts im Wege. Über die diesbezüglichen Zwischennutzungsregularien wird derzeit verhandelt.

A8/2016	KiTa-Ausbau in einer wachsenden Stadt
Antragsteller:	UB-Vorstand
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Die SPD-Fraktion hat darauf hingewirkt, dass im laufenden KiTa-Jahr 17/18 rund 2.000 Plätze verstärkt auch in sozial benachteiligten Stadtteilen geschaffen wurden und werden. Für eine Übergangszeit wird auf Interimslösungen wie z. B. temporäre Containeranlagen zurückgegriffen; die Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass im Haushalt 2016/17 für dieses Mobilbauprogramm die erforderlichen zusätzlichen Mittel in Höhe von 13,29 Mio. € bereitgestellt wurden. Erhebliche Anstrengungen werden darüber hinaus im Bereich der Fachkräftegewinnung unternommen. Zur besonderen Stärkung der Kindergärten und Schulen in sozialen Brennpunkten durch das Bildungsverstärkungsbudget im Doppelhaushalt 2018/2019 (vgl. Umsetzung des Beschlusses des UB Stadt 22.05.2017 A 3/2017, siehe unten).

A9/2016	Begrüßungsgeld auch für Auszubildende
Antragsteller:	UB-Vorstand
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Die Bürgerschaftsfraktionen der SPD und der Grünen haben gemeinsam mit der CDU im April 2017 den Senat aufgefordert, ein Begrüßungsgeldes für Auszubildende über 150 Euro ab dem Ausbildungsjahr 2017/18 einzuführen. Der Beschluss wurde bereits vom Senat umgesetzt, Azubis können nach einem Umzug ins Land Bremen demnächst beim Bremen-Service der Universität (BSU) das Geld beantragen http://www.uni-bremen.de/studiengebuehren/150-eur-begrueessungsgeld.html . Die Bekanntheit dieses Begrüßungsgeldes ist jedoch noch sehr gering, daher hat die SPD-Fraktion in einem Gespräch mit dem Senator darum gebeten, dieses Instrument besser zu bewerben.
A10/2016	Bauarbeiten Habenhauser Brückenstraße
Antragsteller:	OV Habenhausen/Arsten
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Die Fraktion hat beim Verkehrsressort eine entsprechende Anfrage gestellt. Laut Auskunft des Ressorts ist derzeit hinsichtlich der Habenhauser Brückenstraße in 2018 nichts geplant. Im Zuge des Weiterbaus der A 281 wird derzeit von der DEGES ein Verkehrskonzept für die vom Ausbau betroffenen Bereiche erarbeitet, dessen Ergebnis die Fraktion abwarten wird, um dann gegebenenfalls weitere Schritte einzuleiten.
A11/2016	Schrottimmobilien entwickeln
Antragssteller:	AK Soziale Stadtentwicklung und UB-Vorstand
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Ein integriertes Gesamtkonzept zur Entwicklung von Leerständen und „Schrottimmobilien“ liegt nicht vor. In Einzelprojekten mit Ausstrahlungskraft im Stadtteil (bspw. Integriertes Entwicklungskonzept Gröpelingen, Abriss der Kaisenhäuser in Walle) wird versucht, den Missständen abzuwehren und vorzubeugen. Mit dem Haushaltsbegleitantrag „Wohnraumbeschaffung ist Schwerpunkt auch im Haushalt“ wird ein Projekt ins Leben gerufen, um das in Rotterdam mit Erfolg angewandte Klushuizen-Konzept, mittelfristig als eine Säule den Kampfes gegen Schrottimmobilien zu implementieren. Klushuizen - wörtlich übersetzt "Bastelhäuser" - ist ein öffentlich gefördertes Instrument zur Bekämpfung von Wohnungsleerstand und Verwahrlosung. Dabei erwirbt die Kommune heruntergekommene Immobilien und verkauft sie unsaniert zu einem sehr günstigen Preis. Die Käufer müssen sich zu zwei Gegenleistungen verpflichten: Zum einen müssen sie die Immobilie in einem bestimmten Zeitraum hochwertig sanieren. Zum anderen müssen sie die Wohnung anschließend für mindestens drei Jahre selbst bewohnen. In vielen Fällen ist es in Rotterdam gelungen, neue Käufergruppen zu gewinnen und den Erwerb von Eigentum auch in problematischen Quartieren attraktiv zu machen und damit auch kleine Schritte gegen Segregation einzuleiten. Für ein solches Modell sind im Landeshaushalt € 400.000 bereitgestellt.
A12/2016	Teilhabe durch Arbeit – Bremen braucht den sozialen Arbeitsmarkt
Antragssteller:	UB-Vorstand

Beschluss: Annahme, Antrag an den Landesparteitag und an den Bundesparteitag zum Regierungsprogramm im Juni 2017

Sachstand: Der Antrag wurde auf dem Landesparteitag am 25. März 2017 in leicht veränderter Form beschlossen. Im auf dem Bundesparteitag im Juni 2017 beschlossenen Regierungsprogramm 2017-21 soll das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ als Regelleistung ins SGB II überführt werden. Damit wäre die Grundlage gelegt für die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes.

In Bremen wurde das Programm LAZLO im Doppelhaushalt 18/19 mit 5 Mio. Euro für weitere 2 Jahre und verstetigt. Im Rahmen dieses Programmes werden öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Menschen im SGB II Bezug angeboten. Darüber hinaus konnte eine Vermittlungsstelle bei der BRAS angesiedelt werden, die das „Matching“ von Betrieb und Kunden übernimmt. Um noch mehr Stellen bereit zu halten, haben wir das Programm PASS (Perspektive Arbeit Sichere Stadt) im Haushalt berücksichtigt.

A1/2017 Kinderarmut wirksam reduzieren – Kindergrundsicherung in Regierungsprogramm 2017-21 aufnehmen

Antragssteller: UB-Vorstand

Beschluss: Annahme, Antrag an den Bundesparteitag zum Regierungsprogramm im Juni 2017

Sachstand: Die Kindergrundsicherung wurde nicht in das Regierungsprogramm aufgenommen. Jedoch fand ein wichtiger Zwischenschritt, die Zusammenfassung von Kindergeld mit dem Kinderzuschlag zum erweiterten Kindergeld für einkommensschwache Familien Eingang in das Programm.

A2/2017 Herstellung der Waffengleichheit beim Kündigungsschutz

Antragssteller: Jusos

Beschluss: Annahme, Antrag an den Bundesparteitag zum Regierungsprogramm im Juni 2017

Sachstand: Das Anliegen wurde nicht in das Regierungsprogramm aufgenommen.

A3/2017 Bildungsverstärkungsbudget schon in 2017 für das neue Kindergarten- bzw. Schuljahr beginnen

Antragssteller: AK Soziale Stadtentwicklung und UB-Vorstand

Beschluss: Annahme

Sachstand: Der Bereich Kinder und Bildung wurde in den letzten Jahren kontinuierlich mit mehr Personal und Mitteln ausgestattet. Bereits im vergangenen Doppelhaushalt wurde eine Erhöhung der Beschäftigungszielzahlen sowie Verbesserungen bei der Inklusion, bei der Schulsozialarbeit, Sprachförderung und der Lehrerversorgung erreicht. Im Rahmen des Doppelhaushalts 2018/19 wurde ein Bildungsverstärkungspaket für die vorschulische und schulische Bildung in Höhe von ca. 9,2 Mio. € verabschiedet. Eingesetzt werden soll das Geld für eine Verstärkung der Sprachförderung, mehr Unterstützung für die Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch gezielt für die Unterstützung von Kindergärten und Schulen mit besonderer Belastung. In diesem Sinne soll das Personal in Grund- und Oberschulen mit besonderen Herausforderungen verstärkt werden (20 Stellen), weitere 15 Stellen zusätzlich sind für Schulen mit übertollen Klassen vorgesehen und außerdem soll in allen Schulen mit besonderen Herausforderungen künftig

jeweils mindestens eine volle Sozialarbeiter-Stelle zur Verfügung stehen. Zusätzliche 4 Mio. € wurden für 2018/2019 im Rahmen des Pakts zur Verbesserung der Bildungsqualität bereitgestellt, um ganz gezielt Grundschulen mit besonders großen Herausforderungen und damit verbundenen Förderbedarfen zu unterstützen. Folgende Maßnahmen werden zur besseren Absicherung des Fachkräftebedarf im Rahmen des Haushalts 18/19 umgesetzt: Erhöhung der Anzahl der Referendariatsplätze auf 588 Plätze, Fortführung des „Inklusions-Masters“ an der Universität Bremen, Einrichtung des Studiengang „Inklusive Pädagogik“ für Oberschule/Gymnasium zum WS 2018/19 an der Universität Bremen, Einstellung sämtlicher aus der ersten Ausbildungsphase kommender Sonderpädagogik-Referendare im Rahmen der vorhandenen Ausbildungskapazitäten am LIS, eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten bei den ErzieherInnen und dem pädagogischen Personal auf jetzt jährlich über 300 und ab 2021 mindestens 450 ErzieherInnen pro Jahr sowie die Einrichtung zusätzlicher 100 Plätze in Teilzeit ab 1.8.2019 und mindestens 25 zusätzliche Plätze für praxisintegrierte Ausbildung über das Institut für Berufs- und Sozialpädagogik.

A4/2017	Investitionen in die Bildungsinfrastruktur – jetzt Weichen für die Mammutaufgaben stellen
Antragssteller:	AK Soziale Stadtentwicklung und UB-Vorstand
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Der Doppelhaushalt 2018/2019 hat einen Schwerpunkt auf Bildung auch bei den Investitionen: Für 2018 sind 28,5 und 2019 39,1 Millionen Euro zusätzlich für Neu- und Umbauten von Schulen eingeplant, unter anderem für die Oberschule Ohlenhof sowie für den Ganztagsbetrieb an den Grundschulen Pastorenweg, Alfred-Faust-Straße, Landskronastraße und Alt-Aumund.
A5/2017	Fußgänger- und Fahrradverkehr
Antragssteller:	AG 60+
Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung
Sachstand:	Im Zuge verschiedener Projekte der Fahrradausbauplanung (Premiumrouten, Kreuzungsumbauten) wird es insbesondere durch die dabei vorgesehenen deutlicheren Trennungen von Fuß- und Radverkehr auch Sicherheitsverbesserungen für Fußgänger/innen geben. Kontrollen des Radverkehrs finden regelmäßig statt. Zu den einzelnen im Beschluss geforderten Prüfungen von Beschilderungen im Innenstadtbereich ist derzeit keine Aktivität der Bauverwaltung bekannt.
A6/2017	Gesetz zum Schutz der „stillen Feiertage“ nicht verlängern
Antragssteller:	OV Horn-Achterdiek
Sachstand:	Der Antrag wurde angesichts der weiter bestehenden Gesetzeslage von März 2017 zurückgezogen.
A7/2017	Zukunft der Senioren-Begegnungsstätten nachhaltig sichern
Antragssteller:	AG 60+
Sachstand:	Der Antrag wurde angesichts der zeitgleichen Beratungen eines gleichlautenden überwiesenen Antrages an den Landesparteitag im Landesvorstand zurückgezogen.

A8/2017	Parkhaus Mitte
Antragssteller:	OV Altstadt-Mitte
Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung
Sachstand:	Die Entwicklung der Innenstadt ist für die SPD-Bürgerschaftsfraktion von großer Bedeutung: Mit dem Antrag „Bremens Innenstadt zukunftsorientiert entwickeln“ haben wir das Thema parlamentarisch begleitet. Nachdem der Senat im Dezember 2017 beschlossen hat, dem Bremer Bauunternehmer Kurt Zech das Parkhausgrundstück zum Kauf anzubieten, planen die Bürgerschaftsfraktionen von SPD und Grünen eine Anhörung zu dem Gesamtthema Innenstadtentwicklung in der Bremischen Bürgerschaft im April 2018. Hier sollen unterschiedliche Akteure aus Politik und Wirtschaft gemeinsam Vorstellungen für eine zukunftsorientierte Innenstadt entwickeln. Ergänzend ist das Projekt „Jacobs-Hof“ im Bereich Obernstraße / Langenstraße inklusive der historischen Gebäude Stadtwaage und Kontorhaus in der Planung bereits weit fortgeschritten (B-Plan bereits verabschiedet), so dass mit einer deutlichen Aufwertung und Öffnung dieses Quartiers zu rechnen ist.
A9/2017	Obdachlosenhilfe bedarfsgerecht weiterentwickeln
Antragssteller:	OV Peterswerder/Steintor
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Betreute Wohnangebote gibt es bereits. Lücken im Hilfsangebot bestehen insbesondere für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen bzw. psychiatrischen Störungen und Verhaltensauffälligkeiten bei gleichzeitiger Ablehnung von Hilfsangeboten. Sie sind häufig aufgrund ihrer psychischen Beeinträchtigungen oft nicht in der Lage, in einer eigenen Wohnung zu leben und lehnen dies aus der Überforderungssituation heraus auch ab. An angemessenen Angeboten für diese Menschen wird mit Unterstützung der SozialpolitikerInnen in der Fraktion gearbeitet. Dabei ist insbesondere ein niedrigschwelliges sozialpädagogisches Unterstützungsangebot nötig. Das Thema Streetwork in der Versorgung obdachloser Menschen ist von großer Bedeutung. Zuletzt gab es eine Lösung in der Neustadt im Umfeld des Lucie-F.-Platzes. Im Einzelfall wird im Bereich Streetwork immer wieder nachgesteuert und das Thema wird seitens der SozialpolitikerInnen in der Fraktion eng begleitet. Die Anregung, des Angebotes einer sicheren Verwahrung von Hab und Gut für obdachlose Menschen in Bremen zu schaffen, wird seitens der SPD-FachpolitikerInnen in Fachgespräche zur Weiterentwicklung der Obdachlosenunterstützung und –Versorgung eingebracht.
A10/2017	Salafismus strukturell bekämpfen: Präventionsarbeit in Bremen stärken
Antragssteller:	UB-Vorstand
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	In den Haushaltsberatungen 2018/19 wurden von den Regierungsfractionen Mittel für 4 weitere Stellen für das Netzwerk kitab bereitgestellt. Dies gilt auch bei evtl. Auslaufen der Bundesförderung.
A11/2017	Ein Mahnmal der Schande in das Herz der Stadt pflanzen
Antragssteller:	Jusos
Beschluss:	Annahme in geänderter Fassung

Sachstand: Der Standort des Mahnmals an der Schlachte in der Innenstadt, in Sichtweite des Firmensitzes der Speditionsfirma Kühne und Nagel, wurde von den SPD-Kulturdeputierten mitbeschlossen. Die Fraktion setzt sich nun für die zeitnahe Umsetzung ein.

A12/2017 Mehr Rückendeckung für die LGBTIC-Community – Zukunft des Rat-und-Tat-zentrums sichern

Antragssteller: Jusos

Beschluss: Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion

Sachstand: In den Haushaltsberatungen 2018/19 wurden von den Regierungsfractionen die Mittel des Rat- und Tat-Zentrums um 48.000 Euro pro Jahr erhöht.

A13/2017 Bargeldlose Bezahlung in öffentlichen Einrichtungen in Bremen für alle ermöglichen

Antragssteller: Jusos

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Sachstand: Die Fraktion prüft derzeit eine mögliche parlamentarische Initiative.

A14/2017 Eine Hüpfburg aus Beton – selbstorganisierte Freiräume schaffen

Antragssteller: Jusos

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Sachstand: Die Bürgerschaftsfraktion unterstützt das Anliegen des Vereins Zuckerwerk und hat sich im Zuge der Haushaltsverhandlungen gemeinsam mit dem Koalitionspartner für eine Zwischennutzung des Jacobushauses (Papageienhaus) ausgesprochen. Bis zum geplanten Umbau des Jacobushauses zu einem Azubiwohnheim soll diese Immobilie dem Zuckerwerk – mit dem die Fraktion kontinuierlich im Austausch steht - zur Zwischennutzung angeboten werden. Parallel soll mit der Vergabe des Bunkers an das Zucker eine langfristige und verlässliche Lösung für das Zuckerwerk geschaffen werden.

A15/2017 Verlegung 18. Polizeirevier

Antragssteller: OV Gröpelingen und OV Oslebshausen

Beschluss: Überweisung an SPD-Bürgerschaftsfraktion

Sachstand: Die Planung und beginnende Umsetzung der Polizeireform sind in vollem Gange; der Prozess wird von den Innendeputierten eng begleitet. Haushaltsmittel können ohne diese konkrete Vorarbeit nicht eingestellt werden. Die Verlegung des in Rede stehenden Polizeireviers ist aber Teil der bisherigen Planung.

A16/2017 Recyclinghöfe

Antragssteller: OV Gartenstadt-Vahr

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Sachstand: Die Fraktion begleitet den Gesamtprozess der Rekommunalisierung intensiv. Unter dem Dach der neu gegründeten AöR „Die Bremer Stadtreinigung“, in deren Verwaltungsrat zwei Mitglieder der Fraktion gewählt wurden, werden ab 2018 die bestehende Recycling-Stationen kommunalisiert und weiterentwickelt. Eine parla-

mentarische Initiative zum Thema Recyclinghöfe wird aktuell von den Fachpolitikern geprüft. Für die operativen Leistungen der Müllabfuhr im gesamten Stadtgebiet und der Straßenreinigung südlich des Flusses Lesum wird im Zuge der Rekommunalisierung ab 2018 eine Partnerschaft mit einem privaten Dienstleister angestrebt. Nachdem mittlerweile der Zuschlag erteilt wurde, werden die entsprechenden Verträge bis längstens 2028 befristet und so ausgestaltet, dass eine anschließende vollständige Rekommunalisierung der Leistungserbringung nicht ausgeschlossen wird. Auch für den Teilbereich der Stadtreinigung streben SPD und Grüne eine vertragliche Option an, die nach fünf Jahren eine vollständig kommunale Leistungserbringung im gesamten Stadtgebiet nicht ausschließt.

A17/2017	Programmerneuerung der Partei
Antragssteller:	OV Gartenstadt-Vahr
Beschluss:	Annahme, Antrag an den Landesparteitag
Sachstand:	Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 wurde mit dem Antrag „Die #SPD erneuern“ beschlossen, die Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm in 2018 aufzunehmen. Ein Landesparteitag hat bisher nicht stattgefunden.
A18/2017	Alternative sein, nicht kleiner Koalitionspartner: eine gerechte Gesellschaft nur mit der SPD
Antragssteller:	OV Walle
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Der Beschluss ist eine Resolution. Der Bremer Landesvorstand hat inhaltliche Schwerpunkte für Koalitions-Verhandlungen beschlossen. Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 wurde nach den gescheiterten Verhandlungen zu einer Jamaika-Koalition beschlossen, Sondierungsgespräche mit der CDU aufzunehmen. Über den Eintritt in Koalitionsverhandlungen hat ein Bundesparteitag im Januar 2018 entschieden. Im Ergebnis einer Mitgliederbefragung der SPD wurde der Vertrag mehrheitlich angenommen.
A19/2017	Ideenmanagement – gemeinsam innovativ
Antragssteller:	OV Altstadt-Mitte
Beschluss:	Annahme, Antrag an den Bundesparteitag
Sachstand:	Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 wurden gleichlautende Anträge beraten und an den Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess „Die #SPD erneuern“ überwiesen.
A20/2017	Durchführung einer Mitgliederbestandsanalyse
Antragssteller:	OV Altstadt-Mitte
Beschluss:	Annahme, Antrag an den Bundesparteitag
Sachstand:	Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 wurden gleichlautende Anträge beraten und an den Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess „Die #SPD erneuern“ überwiesen.
A21/2017	Einführung von online-organisierten Themenforen
Antragssteller:	OV Altstadt-Mitte

Beschluss: Annahme, Antrag an den Bundesparteitag
Sachstand: Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 wurden gleichlautende Anträge beraten und an den Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess „Die #SPD erneuern“ überwiesen. Offen ist insbesondere noch die Entsendung von Delegierten auf Parteitage.

A22/2017 Frischer Wind in den Strukturen

Antragssteller: OV Altstadt-Mitte

Beschluss: Ablehnung

A23/2017 Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD

Antragssteller: OV Altstadt-Mitte

Beschluss: Annahme, Antrag an den Bundesparteitag

Sachstand: Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 wurden gleichlautende Anträge beraten und an den Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess „Die #SPD erneuern“ überwiesen. Eine Doppelspitze auf OV-Ebene ist bereits jetzt möglich.

A24/2017 Einführung einer Quote für jüngere Mitglieder

Antragssteller: OV Altstadt-Mitte

Beschluss: Überweisung an den UB-Vorstand

Sachstand: Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 wurden gleichlautende Anträge beraten. Eine Jugendquote wurde jedoch abgelehnt. Der Antrag des OV Altstadt-Mitte zur „Jugendquote“ wurde vom Unterbezirksparteitag an den UBV überwiesen. Der UBV hat den Antrag am 21.02.2018 beraten und appelliert an die Ortsvereine und an den Unterbezirksparteitag bei Wahlen darauf zu achten, die Anzahl von jungen Menschen in Parteigremien (Vorstände, Delegierte etc.) und bei MandatsträgerInnen bei den SPD-Mandaten (z.B. Beirat, Bürgerschaft) zu erhöhen. Bis zu den Organisationswahlen 2018 waren in den OV-Vorständen des Unterbezirks ca. 20 % der Vorstandsmitglieder unter 35 Jahre alt, im UB-Vorstand 45,5 %. Der UB-Vorstand wird diese Zahlen nach Abschluss der Organisationswahlen erneut auswerten und darüber berichten.

A25/2017 Wir machen Politik für Azubis – und für alle, die es werden wollen: Azubi-Wohnheim in Bremen, Neustart für eine Ausbildungsgarantie erarbeiten

Antragssteller: UB-Vorstand

Beschluss: Annahme mit Änderungen

Sachstand: In den Haushaltsberatungen 2018/29 haben die Regierungsfractionen beschlossen, ein Azubi-Wohnheim zu errichten und dieses –bei wirtschaftlicher und rechtlicher Machbarkeit- im leerstehenden Jacobus-Haus einzurichten. Zu diesem Zwecke wurden Planungsmittel bereitgestellt. Von Seiten der Fraktion wird der weitere Planungsprozess durch eine Veranstaltung im ersten Quartal 2018 begleitet werden. Der Stellenwert der Ausbildungsgarantie ist unumstritten. Von Seiten der Fraktion wird die Ausbildungsgarantie stetig durch Gespräche auf allen Ebenen unterstützt. Der UBV hat am 29.01.18 ein arbeitnehmerpolitisches Werkstattgespräch zu dem Thema mit Experten aus der Bau- und der Pflegebranche, DGB und Arbeit-

nehmerkammer durchgeführt. Die dort bereits bestehenden Ausbildungsfonds wurden als hilfreicher Baustein für die Verbesserung der Ausbildungssituation bewertet. Der UB-Vorstand hat sich daraufhin dafür positioniert, Ausbildungsfonds in allen Branchen bei Tarifvorrang einzuführen und dies im Bremer Regierungsprogramm verankern zu wollen.

A26/2017	Zeichen setzen nach der Bundestagswahl: Tag der Befreiung (8. Mai) zum Feiertag machen
Antragssteller:	OV Horn-Achterdiek
Beschluss:	Ablehnung

A27/2017	Carsharing verbessern, Attraktivität erhöhen, Umwelt schonen
Antragssteller:	OV Horn-Achterdiek
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Bremen ist weiterhin in der Spitzengruppe der deutschen Carsharing-Städte vertreten. Mit der Mobilitätsberatung für NeubürgerInnen, dem innovativen Stellplatzmanagement, den Mobilpünktchen und dem Carsharing-Aktionsplan sind bereits hervorragende Anreize für Carsharing geschaffen worden. Inzwischen liegt der Schwerpunkt beim Ausbau auf bisher unterversorgten Stadtteilen und den Stadträndern, Carsharingangebote sollen so auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden. Mit einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und Grünen „Carsharing in Bremen stärker bewerben und attraktiver machen“ (Drs. 19/460 S) wurden diese Ziele im Februar 2017 als Auftrag für den Senat formuliert.

A28/2017	Schulfrieden anpassen – Gymnasien für alle
Antragssteller:	Jusos
Sachstand:	Der Antrag wurde angesichts der laufenden Evaluation des Schulkonsenses zurückgestellt und wird auf dem nächsten Parteitag im März 2018 beraten.

A29/2017	Ausbildungsgarantie scharfstellen - Ausbildungsumlage
Antragssteller:	Jusos
Sachstand:	Im Zuge der Beratungen und Beschlussfassung von A25/2017 wurde der Antrag vom Antragsteller zurückgezogen.

A30/2017	Bildungsgerechtigkeit durch eine sachgerechte Personal- und Mittelzuweisung an unsre KiTas und Schulen realisieren
Antragssteller:	OV Gröpelingen und OV Oslebshausen
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	2016 wurden die Zuweisungsrichtlinien für das Land Bremen sowie die beiden Stadtgemeinden in enger Begleitung durch die Fraktion erarbeitet. Das Berechnungsmodell für den Sozialindex für die Ortsteile, der derzeit die Grundlage für die Berechnung des Schulsozialindex bildet, wird aktuell in der Bildungsbehörde überarbeitet und soll im Herbst 2018 vorgelegt werden. Ziel dabei ist eine passgenauere sozialindikatorbasierte Ressourcenallokation. Dabei werden die Bildungsdeputierten darauf achten, dass die Anforderungen durch die Zuwanderung der letzten Jahre berücksichtigt werden. Der Forderung nach einer besonderen Stärkung der Kin-

dergärten und Schulen in sozialen Brennpunkten wurde mit dem Bildungsverstärkungsbudget im Doppelhaushalt 2018/2019 (vgl. Beschluss des UB Stadt 22.05.2017 A 3/2017) Rechnung getragen.

11/2017

Integration – Eine Aufgabe für ganz Bremen

initiativ

Beschluss: Annahme

Sachstand: Mit dem Haushaltsbegleitantrag „Wohnraumbeschaffung ist Schwerpunkt auch im Haushalt“ hat die SPD-Fraktion die Voraussetzungen für die im Beschluss geforderte ausgewogene Wohnraumversorgung geschaffen. Politisches Ziel der Regierungskoalition ist es, die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für ein wachsendes Land Bremen mit den zwei wachsenden Städten Bremen und Bremerhaven zu schaffen. Eine positive Einwohnerentwicklung ist nicht zuletzt wegen der damit verbundenen fiskalischen Auswirkungen von sehr großer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Die Anzahl der Baugenehmigungen ist deutlich gestiegen, sie liegt inzwischen bei über 2.000 WE p. a. Um die weiterhin erforderliche Sozialwohnungsquote zu gewährleisten, wird eine deutliche Aufstockung des dritten Wohnungsbauprogramms um weitere rd. 40 Mio. € für das Land Bremen auf den Weg gebracht. Die Finanzierung soll haushaltsneutral durch das Treuhandvermögen bei der BAB erfolgen.